

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/203567]

22. MAI 2014 — Erlass der Regierung über die selbstständigen Tagesmütter/-väter

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 2 Absatz 2, 7 Absätze 2, 3 und 4, 8 § 1 Absätze 2 und 5 sowie § 3, 9 Absatz 2, 10 § 1 Absatz 1 sowie § 2, 11 Absatz 2, 12 Absatz 2, 15 § 3 Absatz 3, 16 Absatz 3 sowie 22;

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, Artikel 3.2 letzter Absatz und 3.3 Nummer 7;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2007 zur Kinderbetreuung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 3. April 2014;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 3. April 2014;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 55.981/3 des Staatsrates, das am 15. Mai 2014 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Beirates für Familien- und Generationenfragen vom 5. Mai 2014;

Auf Vorschlag des für die Familienpolitik zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

TITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

KAPITEL 1 — Einführende Bestimmungen

Abschnitt 1 — Europaklausel

Artikel 1 - Vorliegender Erlass dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

Abschnitt 2 — Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Kinder: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 des Dekrets Personen, die ihr zwölftes Lebensjahr noch nicht vollendet haben beziehungsweise, was die außerschulische Betreuung betrifft, ältere Personen, die die Primarschule besuchen;

2. Kleinkinder: Kinder bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres;

3. Kinderbetreuung: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets die regelmäßige Betreuung von Kindern gegen Entgelt und in festgelegten Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten;

4. Dienstleister: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets natürliche oder juristische Person beziehungsweise nichtrechtsfähige Vereinigung, die haupt-, neben- oder ehrenamtlich eine Kinderbetreuung anbietet;

5. in der Kinderbetreuung tätige Person: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets natürliche Person, die als Dienstleister oder im Auftrag eines Dienstleisters tätig ist und selbst Kinder betreut oder unmittelbar und regelmäßig mit betreuten Kindern in Kontakt kommt;

6. selbstständige/r Tagesmutter/-vater: Dienstleister und in der Kinderbetreuung tätige Person, die selbstständig im Rahmen eines Betreuungsvertrags vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;

7. selbstständige Co-Tagesmütter/-väter: nichtrechtsfähige Vereinigung von höchstens drei bereits anerkannten selbstständigen Tagesmüttern/-vätern an einem Ort zur gemeinsamen Kinderbetreuung;

8. Ganztagsbetreuung: Kinderbetreuung von mehr als fünf Stunden pro Tag;

9. Halbtagsbetreuung: Kinderbetreuung von mehr als drei und bis zu fünf Stunden pro Tag;

10. Dreiertagsbetreuung: Kinderbetreuung von bis zu drei Stunden pro Tag;

11. Zentrum: das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;

12. Inspektion: die gemäß Artikel 17 § 1 des Dekrets von der Regierung bestellten Inspektoren;

13. Fachbereich: der für Familie zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

14. Minister: der für die Familienpolitik zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

15. Dekret: das Dekret vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung.

Abschnitt 3 — Allgemeine Grundsätze

Art. 3 - Gemäß Artikel 6 des Dekrets muss jeder Dienstleister, der eine Kinderbetreuung anbietet, vor Aufnahme der Tätigkeit als selbstständige/r Tagesmutter/-vater in Ausführung des vorliegenden Erlasses anerkannt sein.

Um als selbstständige Tagesmütter/-väter anerkannt zu werden, halten die Dienstleister die im Dekret und im vorliegenden Erlass aufgeführten Anerkennungsbedingungen ein.

Art. 4 - Gemäß Artikel 12 des Dekrets können nur anerkannte selbstständige Tagesmütter/-väter im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung in Ausführung des vorliegenden Erlasses erhalten.

Art. 5 - Jede/r selbstständige Tagesmutter/-vater garantiert die Qualität der Betreuung gemäß den Bestimmungen des Dekrets und des vorliegenden Erlasses.

KAPITEL 2 — *Indexierung der Zuschüsse*

Art. 6 - Die in den Artikeln 29, 30 und 31 festgelegten Beträge sind an die Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Angelindex 138,01 gebunden.

TITEL 2 — *Inhaltliche Bestimmungen*KAPITEL 1 — *Anerkennungsbedingungen*

Art. 7 - Gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets weisen die selbstständigen Tagesmütter/-väter vor Beginn ihrer Tätigkeit folgende Unterlagen vor:

1. einen Auszug aus dem Strafregister (Muster 2) für sich selbst sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, für alle volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden. Liegt der Wohnsitz im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das den Zugang zu einer Tätigkeit ermöglicht, die in den Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen fällt;

2. ein ärztliches Attest, das nicht älter als zwei Monate ist und belegt, dass sie gesundheitlich in der Lage sind, Kinder zu betreuen und keine Zeichen physischer oder psychischer Leiden oder Beeinträchtigungen bestehen, die eine gesundheitliche Gefahr für die betreuten Kinder darstellen könnten;

3. insofern dies nicht aus dem in Nummer 2 erwähnten ärztlichen Attest hervorgeht, für die in der Kinderbetreuung tätigen weiblichen Personen, die jünger als 55 Jahre sind, sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, für die weiblichen Mitglieder ihres Haushaltes, die jünger als 55 Jahre sind, einen ärztlichen Beleg, dass sie gegen Röteln immunisiert sind. Die Verweigerung einer gegebenenfalls noch ausstehenden Impfung wird nur aufgrund eines entsprechenden begründeten ärztlichen Attestes angenommen.

Art. 8 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter sind mindestens 21 und höchstens 65 Jahre alt.

§ 2 - In Abweichung von § 1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter eine Ausnahmegenehmigung zur festgelegten Höchstaltersgrenze beantragen.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein, dem ein positives ärztliches Attest beigelegt ist. Das Zentrum überprüft, ob die physische und psychische Belastbarkeit der Person eine Fortführung der Tätigkeit über die Höchstaltersgrenze hinaus erlaubt und erstellt innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausnahmegenehmigung und ihre Dauer. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Dauer der Ausnahmegenehmigung ist in jedem Fall auf höchstens zwei Jahre begrenzt und kann erneuert werden.

Der Fachbereich legt die Ausnahmegenehmigung der Anerkennungsakte der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters bei.

Art. 9 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter sind einer Sozialversicherungskasse angeschlossen.

Sie schließen eine Haftpflichtversicherung für die Betreuung der Kinder ab.

Art. 10 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter verpflichten sich:

1. jede maßgebliche Veränderung ihres Gesundheitszustandes dem Zentrum unverzüglich zu melden;
2. gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets keine berufliche oder außerberufliche Aktivität auszuüben, die nicht mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren ist oder die sie während der Dienstleistungsstunden von der Betreuung der Kinder abhalten könnte.

Art. 11 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter verpflichten sich, die im Anhang des vorliegenden Erlasses aufgeführten Richtlinien einzuhalten.

Art. 12 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter erklären sich bereit, regelmäßig an den Weiterbildungen teilzunehmen, die das Zentrum anbietet.

KAPITEL 2 — *Beschaffenheit der Räumlichkeiten*

Art. 13 - Gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets findet die Kinderbetreuung in einem hierfür angemessenen Umfeld und in ausreichend großen, sicheren und sauberen Räumlichkeiten statt. Es ist ein Bereich für Außenaktivitäten vorhanden, der vorzugsweise an die Betreuungsräume angegliedert ist.

Art. 14 - Die Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfindet, und alle Räume, die den Kindern zugänglich sind, erfüllen folgende Kriterien:

1. insofern nicht weiter definiert, entspricht die Größe der Räumlichkeiten der Anzahl betreuter Kinder, sodass diese sich frei bewegen können;
2. es ist ein Schlaf- und Ruhebereich vorgesehen;
3. es ist eine Küchenzeile mit Spüle, Herd und Kühlschrank vorgesehen;
4. die Räume sind mit dem für die Betreuung erforderlichem Mobiliar und ausreichendem Spielmaterial ausgestattet;
5. die Räumlichkeiten befinden sich in einem guten Zustand und werden entsprechend gehalten;
6. die selbstständigen Tagesmütter/-väter sind in den Räumen telefonisch erreichbar.

Art. 15 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter gestalten die Räumlichkeiten, zu denen die Kinder Zugang haben, so, dass eine maximale Sicherheit gewährleistet ist. Dazu sind die selbstständigen Tagesmütter/-väter darauf bedacht, alle möglichen Gefahren und Risiken ausfindig zu machen. Sie treffen alle notwendigen Maßnahmen, um ein sicheres Umfeld mit vermindertem Unfallrisiko zu schaffen.

Bei der sicheren Gestaltung der Räumlichkeiten gelten folgende Kriterien:

1. der Außenbereich und der Zugang zu diesem sind gesichert;

2. die Anordnung und Gestaltung der Bereiche sichert die visuelle Aufsicht der Kinder durch die selbstständigen Tagesmütter/-väter;
3. die Beheizung erfolgt durch eine Zentralheizung. Für die Beheizung dürfen keine Hochtemperaturstrahler verwendet werden. Die Heizkörper sind wirkungsvoll gesichert;
4. die selbstständigen Tagesmütter/-väter treffen alle Maßnahmen zur Verhütung einer Kohlenstoffmonoxydvergiftung. Zu diesem Zweck sichern sie die regelmäßige Wartung der Geräte zur Beheizung und zur Warmwasserproduktion sowie zur Abluft;
5. der Gebrauch von gesundheitsschädlichen Produkten wie Pestizide, Unkrautvernichtungsmittel, Insektenvernichtungsmittel findet nur in Abwesenheit der Kinder und unter Sicherheitsvorkehrungen statt;
6. die Treppen sind vorzugsweise mit Stoßstufen ausgestattet und ihr Zugang ist durch Treppenschutzgitter gesichert. Falls keine Stoßstufen vorhanden sind, dürfen sie von Kindern bis zu sechs Jahren nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden;
7. Wendeltreppen dürfen von den Kindern nur in Begleitung von Erwachsenen betreten werden;
8. wenn die Kinder Zugang zu erhöhten Terrassen haben, dann sind diese durch ein Geländer oder eine Begrenzung gesichert;
9. die Geländer und/oder Begrenzungen entsprechen den Richtlinien des Ministers;
10. die Fenster und Türen öffnen und schließen sich auf sichere Art und Weise;
11. es gibt keine vorstehenden scharfen Kanten, Ecken oder Endpunkte, die eine Gefahr darstellen, es sei denn diese sind mit einem entsprechenden Schutz versehen;
12. die Ausstattung der Schlafräume entspricht den Richtlinien des Ministers;
13. die Steckdosen, die Schalter und alle elektrischen Geräte oder Installationen, die eine Gefahr darstellen könnten, sind außer Reichweite der Kinder oder mit einem sachgemäßen Sicherheitssystem ausgestattet;
14. Reinigungsmittel, chemische Produkte, leicht entzündliche Substanzen, Medikamente und andere möglicherweise gefährliche Gegenstände sind außer Reichweite der Kinder an einem gesicherten Platz aufzubewahren;
15. Schwimmbäder, Planschbecken, Gartenteiche, Tümpel oder andere Gewässer sind so abgedeckt und gesichert, dass sie für Kinder unzugänglich sind;
16. gesundheitsschädliche Pflanzen befinden sich sowohl im Innen- als auch im Außenbereich außer Reichweite der Kinder;
17. an jedem Betreuungsort steht ein ausgestatteter Erste-Hilfe-Kasten gemäß den Richtlinien des Ministers zur Verfügung;
18. in den Schlaf- und Betreuungsräumen sind Rauchmelder gemäß dem Erlass der Wallonischen Regierung vom 21. Oktober 2004 über das Vorhandensein von Feuermeldeanlagen in den Wohnungen angebracht.

Art. 16 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter sichern die Einhaltung der Hygiene und der entsprechenden Maßnahmen in allen Tätigkeitsbereichen, insbesondere bei der Pflege der Kinder, der Raumpflege, der Bereitung von Speisen und der Müllentsorgung.

Bei der hygienischen Gestaltung der Räumlichkeiten gelten folgende Kriterien:

1. es sind den verschiedenen Altersstufen angepasste Sanitäreanlagen und Waschbecken in ausreichender Zahl vorhanden;
2. eine ausreichende natürliche Beleuchtung und Belüftung ist vorgesehen. Sie wird den Aktivitäten angepasst, die in diesen Räumlichkeiten stattfinden;
3. es besteht die Möglichkeit, die Räumlichkeiten den Außentemperaturen entsprechend zu heizen;
4. ein wirksamer Schutz vor Sonneneinstrahlung ist vorhanden;
5. bei normalen Wetterbedingungen betragen die Raumtemperaturen in der Regel 18 Grad Celsius in den Schlafräumen und 20 bis 22 Grad Celsius in den Betreuungsräumen;
6. alle Räumlichkeiten sind leicht zu säubern;
7. die Räumlichkeiten und das Material werden regelmäßig gesäubert. Die Art der Pflege von Böden, Oberflächen und Material ist mit der Kinderbetreuung vereinbar;
8. die Entsorgung des Abfalls erfolgt täglich in einen von der Kinderbetreuung getrennten Raum, der sich vorzugsweise im Außenbereich befindet;
9. die eventuell vorhandenen Sandkästen sind derartig abgedeckt, dass eine Verunreinigung vermieden wird. Der Sand wird mindestens einmal jährlich erneuert;
10. die Baumaterialien und der Zustand derselben dürfen die Gesundheit der Kinder nicht gefährden.

KAPITEL 3 — Verpflichtungen

Abschnitt 1 — Anerkennungsbedingungen und Beschaffenheit der Räumlichkeiten

Art. 17 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter erfüllen nach ihrer Anerkennung weiterhin die im Dekret oder im vorliegenden Titel aufgeführten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, und halten die vorgegebene Beschaffenheit der Räumlichkeiten ein.

Abschnitt 2 — Allgemeine Verpflichtungen

Art. 18 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter betreuen die Kinder immer persönlich.

§ 2 - Sie können Praktikanten unter ihrer Verantwortung aufnehmen. Diese Möglichkeit wird den Erziehungsberechtigten im Vorfeld schriftlich mitgeteilt. Jede Aufnahme wird dem Zentrum im Vorfeld schriftlich mitgeteilt.

Der Praktikant gilt als zusätzliche Betreuungsperson und kann nicht die selbstständigen Tagesmütter/-väter ersetzen.

Art. 19 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter dürfen höchstens vier Kleinkinder und insgesamt höchstens sechs Kinder gleichzeitig betreuen, wobei die eigenen Kinder im betreffenden Alter in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbezogen sind.

§ 2 - In Abweichung von § 1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter eine zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung zur Ausdehnung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, zur gleichzeitigen Betreuung von bis zu höchstens sechs Kleinkindern und insgesamt acht Kindern beantragen, wobei die eigenen Kinder im betreffenden Alter in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbegriffen sind.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausnahmegenehmigung und ihre Dauer. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Ausnahme ist möglich unter der Voraussetzung, dass ein Mangel an Betreuungsplätzen gegeben ist und der Minister aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen mit dem Antragsteller und aufgrund der vorhandenen räumlichen Kapazitäten zu dem Schluss kommt, dass diese Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann. Eine solche Ausnahmegenehmigung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Fachbereich legt die Ausnahmegenehmigung der Anerkennungsakte der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters bei.

Art. 20 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter verpflichten sich, ein Betreuungskapital von 115 Tagen pro Monat nicht zu überschreiten.

Das Betreuungskapital ist die maximale Anzahl Betreuungstage, die ein/e selbstständige/r Tagesmutter/-vater monatlich aufweisen darf, wobei Dritteltagsbetreuungen zu einem Drittel und Halbtagsbetreuungen zur Hälfte berechnet werden.

§ 2 - In Abweichung von § 1 können die selbstständigen Tagesmütter/-väter eine zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung zur Ausdehnung des Betreuungskapitals auf bis zu höchstens 138 Betreuungstagen pro Monat beantragen.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausnahmegenehmigung und ihre Dauer. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Ausnahme ist möglich unter der Voraussetzung, dass ein Mangel an Betreuungsplätzen gegeben ist und der Minister aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen mit dem Antragsteller und aufgrund der vorhandenen räumlichen Kapazitäten des Antragstellers zu dem Schluss kommt, dass diese Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann. Eine solche Ausnahmegenehmigung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Fachbereich legt die Ausnahmegenehmigung der Anerkennungsakte der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters bei.

Art. 21 - Die Koordination der Betreuungsanfragen erfolgt direkt über die selbstständigen Tagesmütter/-väter. Die Betreuung kann auch während der Nacht oder an Samstagen, Sonn- und Feiertagen erfolgen.

Art. 22 - Kranke Kinder können nur dann betreut werden, wenn keine Gefahr für die anderen betreuten Kinder besteht.

Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können im Zweifelsfall ein ärztliches Attest verlangen.

Abschnitt 3 — Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten

Art. 23 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter schließen vor Beginn der Betreuung einen schriftlichen Vertrag mit den Erziehungsberechtigten ab.

Der Betreuungsvertrag enthält zumindest:

1. die Dauer des Vertrages;
2. die Art der Dienstleistung;
3. die Betreuungszeiten;
4. die Kontaktmöglichkeiten;
5. die wichtigsten Leitlinien des im Anhang des vorliegenden Erlasses erwähnten Betreuungskonzeptes;
6. die Höhe der Elternbeiträge;
7. die Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten;
8. die Rechte und Pflichten der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters;
9. die Dauer der Kündigungsfrist;
10. die Angaben zu der in Artikel 26 erwähnten Beschwerdemöglichkeit;
11. gegebenenfalls Angaben zur Möglichkeit der Aufnahme von Praktikanten;
12. die Empfehlung für die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder, diese entsprechend den Richtlinien des Zentrums impfen zu lassen.

Die Betreuung beginnt erst nach Unterzeichnung des Betreuungsvertrages durch alle Vertragsparteien.

Änderungen zu diesem Vertrag werden schriftlich festgehalten.

Art. 24 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter teilen den Erziehungsberechtigten rechtzeitig die Angaben zu den Schließungstagen mit.

Art. 25 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter füllen die Steuerbescheinigungen für die Erziehungsberechtigten aus, die ihnen durch den Fachbereich ausgehändigt werden, und leiten sie an die Erziehungsberechtigten weiter.

Art. 26 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter weisen die Erziehungsberechtigten zu Beginn einer Betreuung schriftlich darauf hin, dass bei Unstimmigkeiten zwischen den selbstständigen Tagesmüttern/-v Vätern und den Erziehungsberechtigten, der Erziehungsberechtigte sich unmittelbar an das Zentrum wenden kann.

Abschnitt 4 — Berichtswesen

Art. 27 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter führen ein Anwesenheitsregister.

Die selbstständigen Tagesmütter/-väter führen eine Akte zu jedem betreuten Kind, in dem mindestens folgende Angaben vorliegen:

1. Name, Vorname und Adresse des Kindes;
2. Name, Adresse und Telefonnummer der Kontaktperson(en);
3. Name, Adresse und Telefonnummer des behandelnden Arztes;
4. besondere Angaben zum Gesundheitszustand des Kindes, wenn diese für den täglichen Umgang mit dem Kind relevant sind.

KAPITEL 4 — Bezuschussung

Art. 28 - Anerkannte selbstständige Tagesmütter/-väter können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels erhalten.

Art. 29 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können:

1. einen einmaligen Erstausstattungszuschuss von höchstens 200 Euro erhalten;
2. höchstens einmal alle sechs Jahre einen Ausrüstungszuschuss von höchstens 150 Euro erhalten.

Bei Beendigung der Tätigkeit sind die selbstständigen Tagesmütter/-väter auf Anforderung gegebenenfalls verpflichtet, dem Zentrum die aus Mitteln der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeschaffte Ausstattung auszuhändigen.

Art. 30 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die nachweislich mindestens 10 Stunden im Jahr an den in Artikel 12 erwähnten Weiterbildungen teilnehmen, können eine Jahrespauschale von 108,90 Euro erhalten.

Art. 31 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können für die Betreuung von Kindern mit einer Behinderung oder mit einem besonderen Pflegebedarf, insofern diese Kinder einer intensiveren Betreuung und Zuwendung bedürfen, einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 9,26 Euro für einen ganzen und 5,55 Euro für einen halben Betreuungstag erhalten.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein, dem ein Gutachten einer spezialisierten Einrichtung oder eines Facharztes oder gegebenenfalls ein Sozialbericht beigelegt ist. Das Zentrum erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung des Zuschusses. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Art. 32 - Unbeschadet des Artikels 28 gewährt der Minister auf Antrag der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters die im vorliegenden Kapitel genannten Zuschüsse nach vorheriger Prüfung durch den Fachbereich. Die Anträge auf Zuschuss werden bei dem Fachbereich mit den gegebenenfalls erforderlichen Belegen eingereicht.

TITEL 3 — Verfahrensbestimmungen

KAPITEL 1 — Anerkennung

Art. 33 - Für den Erhalt einer Anerkennung reichen die Dienstleister einen Antrag bei dem Zentrum ein.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen und Angaben beigelegt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die ausführliche Umschreibung der Motivation, um als selbstständige/r Tagesmutter/-vater zu arbeiten;
3. die beantragte Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen;
4. die ausführliche Beschreibung des Betreuungsortes;
5. die in Artikel 7 erwähnten Unterlagen;
6. gegebenenfalls die in Artikel 8 § 2 erwähnte Ausnahmegenehmigung in Bezug auf die Höchstaltersgrenze;
7. die Belege, dass der Antragsteller gemäß Artikel 9 ab Beginn der Tätigkeit einer Sozialversicherungskasse angeschlossen sein wird und eine Zivilhaftschutzversicherung für die Ausübung seiner Tätigkeit abgeschlossen hat;
8. eine Erklärung, dass der Antragsteller die anwendbaren Bestimmungen des Dekrets und des vorliegenden Erlasses sowie insbesondere die in den Artikeln 10, 11 und 12 erwähnten Anerkennungsbedingungen einhält;
9. die Zustimmung aller volljährigen Personen, die die Räume bewohnen, in denen die Betreuung durchgeführt wird, dass die Inspektion während der Öffnungszeiten diese Räume gemäß Artikel 17 § 1 Absatz 2 Nummer 4 des Dekrets einsehen darf;
10. das im Anhang des vorliegenden Erlasses erwähnte Betreuungskonzept;
11. das Modell des Betreuungsvertrags zwischen dem Antragsteller und den Erziehungsberechtigten.

Art. 34 - § 1 - Das Zentrum prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigelegten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, prüft das Zentrum die Eignung des Kandidaten. Dazu berücksichtigt das Zentrum die erzieherische Kompetenz, die zeitliche Verfügbarkeit, die Hygieneverhältnisse und die räumlichen Betreuungsmöglichkeiten, das sozial-familiäre Umfeld sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Zentrum und den Erziehungsberechtigten.

Das Zentrum erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Erteilung der Anerkennung. Die Anerkennung beinhaltet die Festlegung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§ 2 - Der Antragsteller kann im Fall einer verweigerten Anerkennung bei dem Minister Einspruch einlegen.

Der Antragsteller übermittelt dem Minister den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des verweigerten Antrags beziehungsweise nach Ablauf der in § 1 Absatz 3 genannten Frist.

Der Minister informiert das Zentrum und den Fachbereich über den Einspruch. Diese übermitteln dem Minister innerhalb einer von ihm festgelegten Frist die Verwaltungsakte sowie jeweils eine Stellungnahme.

Der Minister entscheidet innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Erteilung der Anerkennung. Die Anerkennung beinhaltet die Festlegung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

Art. 35 - § 1 - Die Dauer der Anerkennung beträgt sechs Jahre und kann erneuert werden.

Der Antragsteller kann die Kinderbetreuung nur nach Erhalt der Anerkennung beginnen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 kann die Anerkennung für eine geringere Dauer erteilt werden:

1. wenn die in Artikel 8 § 1 festgelegte Höchstaltersgrenze voraussichtlich während der Dauer der Anerkennung erreicht wird;

2. in anderen begründeten Ausnahmefällen.

Art. 36 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter reichen den Antrag auf Erneuerung der Anerkennung frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Gültigkeit der Anerkennung bei dem Zentrum ein.

Der Antrag enthält die unter Artikel 33 Absatz 2 Nummern 1, 2, 3, 5, 6 und 7 erwähnten aktualisierten Unterlagen.

Art. 37 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter teilen dem Zentrum während der Dauer der Anerkennung innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in Artikel 33 Absatz 2 Nummern 4, 5, 6, 9, 10 und 11 erwähnten Angaben schriftlich mit.

§ 2 - Das Zentrum kann während der Dauer der Anerkennung jederzeit eine aktuelle Ausführung der in § 1 erwähnten Angaben bei den selbstständigen Tagesmüttern/-vätern anfordern.

Art. 38 - Änderungen zu den in Artikel 33 Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann die Änderungen nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

KAPITEL 2 — Aussetzung und Entzug der Anerkennung

Abschnitt 1 — Aussetzung der Anerkennung

Art. 39 - § 1 - Das Zentrum oder der Fachbereich weisen die Inspektion auf alle Fälle hin, in denen ein/e selbstständige/r Tagesmutter/-vater eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen auf Grundlage der ihnen zur Verfügung stehenden Informationen vermutlich nicht einhält.

§ 2 - Kommt die Inspektion nach einem Hinweis gemäß § 1 oder aufgrund jeglicher anderer Hinweise oder Informationen zu der Schlussfolgerung, dass die/der selbstständige Tagesmutter/-vater eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält, fordert sie die betroffene Person dazu auf, diesen Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der/die selbstständige Tagesmutter/-vater spätestens 10 Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen bei der Inspektion beantragen.

§ 3 - In dringenden Fällen kann die Inspektion mittels eines besonders begründeten Beschlusses eine sofortige Anpassung auferlegen.

Art. 40 - § 1 - Kommt die/der selbstständige Tagesmutter/-vater nach der in Artikel 39 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens der Inspektion die Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater per Einschreibebrief seine Absicht mit. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater unverzüglich zugestellt. Das Zentrum erhält eine Abschrift des Beschlusses.

§ 2 - Während der Aussetzung der Anerkennung nimmt die/der betroffene selbstständige Tagesmutter/-vater keine neuen Kinder zur Betreuung auf.

Art. 41 - § 1 - Der Minister kann aus volksgesundheitlichen Gründen oder Gründen der Sicherheit und der schweren Missachtung der anwendbaren Bestimmungen, um einen offensichtlich ernsthaften Schaden für die betreuten Kinder zu vermeiden, entscheiden, die Anerkennung im Dringlichkeitsverfahren für eine unbefristete Dauer auszusetzen. Der Minister handelt, wenn die/der selbstständige Tagesmutter/-vater nach der in Artikel 39 § 3 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nachkommt, und entscheidet aufgrund eines Gutachtens der Inspektion und mittels eines besonders begründeten Beschlusses.

Die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren hat die sofortige vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle für eine unbefristete Dauer zur Folge.

Vor der Aussetzung teilt der Minister der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater unverzüglich seine Absicht per Fax, per E-Mail oder auf anderem elektronischen Weg und am selben Tag per Einschreibebrief mit. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann innerhalb von drei Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 10 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Minister entscheidet innerhalb von fünf Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 3 genannten Frist über die Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren.

Dieser Beschluss wird der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater unverzüglich zugestellt. Das Zentrum erhält eine Abschrift des Beschlusses und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die sofortige vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle.

§ 2 - Sind die Umstände, die zur Aussetzung im Dringlichkeitsverfahren geführt haben, behoben, beendet der Minister umgehend die Aussetzung der Anerkennung und die vorläufige Schließung der Kinderbetreuungsstelle. Das Zentrum erhält eine Abschrift des Beschlusses und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über die erneute Öffnung der Kinderbetreuungsstelle.

Art. 42 - Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann im Fall einer Aussetzung der Anerkennung bei dem Minister Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater übermittelt dem Minister den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung.

Der Minister informiert das Zentrum, den Fachbereich und die Inspektion über den Einspruch. Diese übermitteln dem Minister innerhalb einer von ihm festgelegten Frist die Verwaltungsakte sowie jeweils eine Stellungnahme.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Zulässigkeit des Einspruchs. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Abschnitt 2 — Entzug der Anerkennung

Art. 43 - Kommt die/der selbstständige Tagesmutter/-vater nach Ablauf der Dauer der in Artikel 40 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens der Inspektion die Anerkennung.

Vor dem Entzug teilt der Minister der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater per Einschreibebrief seine Absicht mit. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei dem Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibebriefs statt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird der/dem betroffenen selbstständigen Tagesmutter/-vater unverzüglich zugestellt. Das Zentrum erhält eine Abschrift des Beschlusses und informiert die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder individuell über den Entzug der Anerkennung.

Art. 44 - Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater kann im Fall eines Entzugs der Anerkennung bei dem Minister Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater übermittelt dem Minister den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreibebrief oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 15 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des Beschlusses zum Entzug der Anerkennung.

Der Minister informiert das Zentrum, den Fachbereich und die Inspektion über den Einspruch. Diese übermitteln dem Minister innerhalb einer von ihm festgelegten Frist die Verwaltungsakte sowie jeweils eine Stellungnahme.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Zulässigkeit des Einspruchs. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

KAPITEL 3 — Beendigung der Kinderbetreuung

Art. 45 - Unbeschadet des Artikels 41 hat der Entzug der Anerkennung einer/eines selbstständigen Tagesmutter/-vaters gemäß Artikel 43 die Beendigung der Kinderbetreuung innerhalb von 30 Tagen zur Folge.

Mit der Beendigung der Kinderbetreuung werden der in Artikel 23 erwähnte Betreuungsvertrag sowie die etwaige Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft von Rechtswegen beendet.

Art. 46 - § 1 - Die selbstständigen Tagesmütter/-väter teilen dem Zentrum jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung ihrer Tätigkeit schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 43 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

§ 2 - Die definitive Einstellung der Tätigkeit der selbstständigen Tagesmütter/-väter hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen zur Folge.

Mit der definitiven Einstellung der Tätigkeit werden alle Kinderbetreuungen sowie die etwaige Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

TITEL 4 — Selbstständige Co-Tagesmütter/-väter

Art. 47 - Höchstens drei bereits anerkannte selbstständige Tagesmütter/-väter können, insofern sie zur beständigen Zusammenarbeit fähig und für eine gemeinsame Kinderbetreuung geeignet sind, ihre Betreuungsaktivität als Co-Tagesmütter/-väter an einem gemeinsamen Betreuungsort ausüben.

Art. 48 - Die in dem Titel 2 aufgeführten Bestimmungen sind auf die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter entsprechend anwendbar, mit Ausnahme der Artikel 18 § 1 und 19.

Art. 49 - Ungeachtet einer gemeinsamen Betreuung wird der in Artikel 23 erwähnte Betreuungsvertrag weiterhin mit einer/m der selbstständigen Co-Tagesmutter/-vater abgeschlossen.

Der Betreuungsvertrag sieht in diesem Fall ausdrücklich vor, dass die Betreuung entweder durch die/den unterzeichnende/n selbstständige/n Co-Tagesmutter/-vater selbst oder durch eine/n andere/n Co-Tagesmutter/-vater stattfindet.

Art. 50 - § 1 - Wenn zwei selbstständige Tagesmütter/-väter ihre Aktivität als Co-Tagesmütter/-väter an einem gemeinsamen Betreuungsort ausüben, dürfen sie höchstens acht Kleinkinder und insgesamt höchstens zwölf Kinder gleichzeitig betreuen, wobei die eigenen Kinder im betreffenden Alter in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbegriffen sind.

Sobald fünf Kleinkinder oder sieben Kinder gleichzeitig präsent sind, ist die Anwesenheit von zwei selbstständigen Co-Tagesmüttern/-väter erforderlich.

§ 2 - Wenn drei selbstständige Tagesmütter/-väter ihre Aktivität als Co-Tagesmütter/-väter an einem gemeinsamen Betreuungsort ausüben, dürfen sie höchstens zwölf Kleinkinder und insgesamt höchstens achtzehn Kinder gleichzeitig betreuen, wobei die eigenen Kinder im betreffenden Alter in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbegriffen sind.

Sobald neun Kleinkinder oder dreizehn Kinder gleichzeitig präsent sind, ist die Anwesenheit von drei selbstständigen Co-Tagesmüttern/-väter erforderlich.

§ 3 - In Abweichung der §§ 1-2 können einzelne oder mehrere selbstständige Co-Tagesmütter/-väter eine zeitliche begrenzte Ausnahmegenehmigung zur Ausdehnung der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, zur gleichzeitigen Betreuung von bis zu höchstens sechs Kleinkindern und insgesamt acht Kindern pro selbstständige/r Co-Tagesmutter/-vater beantragen, wobei die eigenen Kinder im betreffenden Alter in der Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, einbegriffen sind.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausnahmegenehmigung und ihre Dauer. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Die Ausnahme ist möglich unter der Voraussetzung, dass ein Mangel an Betreuungsplätzen gegeben ist und der Minister aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen mit dem Antragsteller und aufgrund der vorhandenen räumlichen Kapazitäten des Antragstellers zu dem Schluss kommt, dass diese Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann. Eine solche Ausnahmegenehmigung kann frühestens nach einem Jahr Tätigkeit erteilt werden.

Der Fachbereich legt die Ausnahmegenehmigung der Anerkennungsakte der/des selbstständigen Co-Tagesmutter/-vaters bei.

Art. 51 - Der in Artikel 31 erwähnte zusätzliche Zuschuss wird an die/den selbstständige/n Co-Tagesmutter/-vater ausgezahlt, mit der/dem die Erziehungsberechtigten des betroffenen Kindes den Betreuungsvertrag abgeschlossen haben.

Sollte im Rahmen der gemeinsamen Betreuung ein/e andere/r Co-Tagesmutter/-vater das betroffene Kind betreuen, so hat diese/r ein Anrecht auf den entsprechenden Anteil des zusätzlichen Zuschusses. Der Anteil wird auf Grundlage der effektiven Betreuungstage berechnet.

Art. 52 - Die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter schließen vor Beginn der gemeinsamen Betreuung eine schriftliche Vereinbarung zur Zusammenarbeit ab.

Diese Vereinbarung beinhaltet mindestens:

1. die Dauer der Vereinbarung;
2. die wichtigsten Leitlinien des im Anhang des vorliegenden Erlasses erwähnten gemeinsamen Betreuungskonzeptes;
3. die Festlegung der Räumlichkeiten, in denen die Betreuung stattfindet;
4. die Tage, an denen die Betreuung angeboten wird;
5. die Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, pro selbstständiger/m Co-Tagesmutter/-vater;
6. die Aufgabenverteilung;
7. die Modalitäten bei direkten und indirekten Unkosten;
8. die Modalitäten der Aufteilung eventueller Zuschüsse, unbeschadet des Artikels 51;
9. die Modalitäten der Abwesenheit einer oder mehrerer selbstständiger Co-Tagesmütter/-väter oder eines oder mehrerer betreuer Kinder;
10. die Modalitäten bezüglich der zivilrechtlichen Haftung;
11. die Modalitäten bezüglich der Vorgehensweise bei Konflikten zwischen Co-Tagesmüttern/-väter;
12. die Modalitäten zur Beendigung der Vereinbarung.

Art. 53 - § 1 - Unbeschadet der Bestimmungen des Titels 3 unterliegt die in Artikel 52 erwähnte Vereinbarung einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Genehmigung der Vereinbarung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

§ 2 - Der Entzug der Anerkennung einer/s oder mehrerer selbstständiger Co-Tagesmütter/-väter hat die Beendigung der Vereinbarung von Rechtswegen zur Folge.

Die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, deren Anerkennung nicht entzogen wurde, können weiterhin allein als selbstständige Tagesmütter/-väter arbeiten oder eine neue Vereinbarung gemäß dem vorliegenden Titel abschließen.

TITEL 5 — *Schlussbestimmungen*

Art. 54 - Artikel 1 Nummer 6 des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2007 zur Kinderbetreuung wird aufgehoben.

Art. 55 - Artikel 5 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 24. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 2 Absatz 1 wird der zweite Satz aufgehoben;
2. in § 3 Absatz 1 wird der zweite Satz aufgehoben.

Art. 56 - Kapitel VI desselben Erlasses, das den Artikel 63 umfasst, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 24. Juni 2010, wird aufgehoben.

Art. 57 - Die Anlage 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 24. Juni 2010, wird aufgehoben.

Art. 58 - Unbeschadet des Absatzes 2 gelten die aufgrund des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2007 zur Kinderbetreuung anerkannten selbstständigen Tagesmütter/-väter für die Anwendung des vorliegenden Erlasses als anerkannt. Diese bestehenden Anerkennungen gelten weiterhin für die Dauer, die jeweils in den Anerkennungszusagen der betroffenen selbstständigen Tagesmütter/-väter festgelegt ist.

Die selbstständigen Tagesmütter/-väter verfügen über eine Frist von 28 Monaten ab Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses, um gegebenenfalls erforderliche Anpassungen im Hinblick auf die Übereinstimmung mit dem vorliegenden Erlass vorzunehmen.

Art. 59 - Das Dekret, begrenzt auf die im vorliegenden Erlass genannten Dienstleister und in der Kinderbetreuung tätigen Personen, sowie der vorliegende Erlass treten am 1. September 2014 in Kraft.

Art. 60 - Der für die Familienpolitik zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 22. Mai 2014

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

Anhang zum Erlass der Regierung über die selbstständigen Tagesmütter/-väter

Anhang

Richtlinien für selbstständige Tagesmütter/-väter

1. Insofern die/der selbstständige Tagesmutter/-vater Haustiere hält oder sich neue Haustiere zulegt, die in Kontakt mit den betreuten Kindern kommen, informiert sie/er die Erziehungsberechtigten diesbezüglich und lässt die Kenntnisnahme durch diese gezeichnen.

Wenn es sich um einen Hund handelt, wird der Kontakt mit den betreuten Kindern vermieden. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater belegt, dass der Hund geimpft und entwurmt ist und eine regelmäßige Parasitenbehandlung erhält. Die Haftpflichtversicherung führt die Anwesenheit des Hundes auf. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater informiert die Erziehungsberechtigten über die Anwesenheit und die Rasse des Hundes und lässt die Kenntnisnahme durch diese gezeichnen.

2. Gemäß dem Gesetz vom 22. Dezember 2009 zur Einführung einer allgemeinen Regelung zum Rauchverbot in den für die Öffentlichkeit zugänglichen geschlossenen Räumlichkeiten und zum Schutz der Arbeitnehmer vor Tabakrauch ist es verboten, in den Schlaf- und Betreuungsräumen zu rauchen.

3. Die selbstständigen Tagesmütter/-väter erstellen ein Konzept zur Kinderbetreuung nach einem Modell, das das Zentrum festlegt.

Die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter erstellen zudem ein gemeinsames Konzept zur Kinderbetreuung nach einem gesonderten Modell, das das Zentrum festlegt.

4. Die/der selbstständige Tagesmutter/-vater handelt selbst mit den Erziehungsberechtigten die Betreuungszeiten, die Betreuungsbedingungen und die dafür zu entrichtenden Elternbeiträge aus.

5. Bei Beginn der Tätigkeit hat die/der selbstständige Tagesmutter/-vater Anrecht auf eine kostenlose Beratung durch einen Steuerberater. Die Namen und Adressen der entsprechenden Steuerberater sind bei dem Zentrum erhältlich.

6. Den selbstständigen Tagesmüttern/-vätern wird empfohlen, die eigenen Kinder entsprechend den Richtlinien des Zentrums impfen zu lassen.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung über die selbstständigen Tagesmütter/-väter beigefügt zu werden.

Eupen, den 22. Mai 2014

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2014/203567]

22 MAI 2014. — Arrêté du Gouvernement relatif aux accueillants autonomes

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, article 7;

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, article 2, alinéa 2, article 7, alinéas 2, 3 et 4, article 8, § 1^{er}, alinéas 2 et 5, ainsi que § 3, article 9, alinéa 2, article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ainsi que § 2, article 11, alinéa 2, article 12, alinéa 2, article 15, § 3, alinéa 3, article 16, alinéa 3, et article 22;

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, articles 3.2, dernier alinéa, et 3.3, 7^o;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 18 novembre 2007 relatif à l'accueil des enfants;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 3 avril 2014;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 3 avril 2014;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 55.981/3, donné le 15 mai 2014, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis du conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles, donné le 5 mai 2014;

Sur la proposition du Ministre compétent pour la Politique familiale;

Après délibération,

Arrête :

TITRE 1^{er}. — Dispositions générales**CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions liminaires***Section 1^{re}. — Clause européenne*

Article 1^{er}. Cet arrêté transpose partiellement la Directive 2006/123/CE du Parlement européen et du Conseil du 12 décembre 2006 relative aux services dans le marché intérieur.

Section 2. — Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1^o enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1^o, et alinéa 2, du décret, les personnes qui n'ont pas 12 ans accomplis ou, en ce qui concerne l'accueil extrascolaire, celles plus âgées fréquentant l'enseignement primaire;

2^o jeunes enfants : les enfants jusqu'à ce qu'ils aient atteint l'âge de 3 ans accomplis;

3^o accueil d'enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret, l'accueil régulier d'enfants contre paiement et dans des locaux déterminés se situant en dehors de l'habitation des personnes chargées de l'éducation;

4^o prestataire : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3^o, du décret, la personne physique ou morale ou l'association de fait qui propose un accueil d'enfants, à titre de profession principale ou accessoire ou à titre bénévole;

5^o personne active dans l'accueil d'enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o, du décret, la personne physique qui est active en tant que prestataire ou pour le compte d'un prestataire et accueille elle-même des enfants ou entre directement et régulièrement en contact avec des enfants gardés;

6^o accueillant autonome : le prestataire et la personne active dans l'accueil d'enfants qui, de manière autonome et dans les liens d'un contrat de garde, accueille prioritairement des jeunes enfants qui ne sont pas les siens et/ou, le cas échéant, propose un accueil extrascolaire;

7^o co-accueillants autonomes : association de fait regroupant au plus trois accueillants autonomes déjà agréés, en un seul lieu, en vue d'un accueil commun;

8^o garde d'une journée complète : garde de plus de cinq heures par jour;

9^o garde d'une demi-journée : garde de plus de trois et jusqu'à cinq heures par jour;

10^o garde d'un tiers de journée : garde jusqu'à trois heures par jour;

11^o centre : le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;

12^o inspection : les inspecteurs désignés par le Gouvernement conformément à l'article 17, § 1^{er}, du décret;

13^o département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de famille;

14^o ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent pour la Politique familiale;

15^o décret : le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants.

Section 3. — Principes généraux

Art. 3. Conformément à l'article 6 du décret, tout prestataire qui propose un accueil d'enfants doit, avant de débiter ses activités en tant qu'accueillant autonome, être agréé en application du présent arrêté.

Pour être agréés comme accueillants autonomes, les prestataires remplissent les conditions d'agrément mentionnées dans le décret et dans le présent arrêté.

Art. 4. Conformément à l'article 12 du décret, seuls les accueillants autonomes agréés peuvent, en exécution du présent arrêté et dans les limites des crédits budgétaires disponibles, obtenir des subsides en lien avec l'accueil d'enfants.

Art. 5. Tout accueillant autonome agréé garantit la qualité de l'accueil conformément aux dispositions du décret et du présent arrêté.

CHAPITRE 2. — *Indexation des subsides*

Art. 6. Les montants fixés aux articles 29, 30 et 31 sont liés à l'indexation des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone; l'indice-pivot est 138,01.

TITRE 2. — *Dispositions relatives au contenu*

CHAPITRE 1^{er}. — *Conditions d'agrément*

Art. 7. Avant de débiter leurs activités, les accueillants autonomes présentent les documents suivants conformément à l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret :

1° un extrait du casier judiciaire (modèle 2) pour eux-mêmes ainsi que, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage et/ou seront régulièrement en contact avec les enfants gardés. S'ils sont domiciliés à l'étranger, ils produisent un document équivalent établi par une autorité compétente et permettant l'accès à une activité relevant du domaine de l'éducation, de la guidance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection des enfants, de l'animation ou de la garde de mineurs d'âge;

2° un certificat médical de moins de deux mois de date attestant qu'ils sont en mesure de garder des enfants et qu'il n'existe aucun signe de souffrance ou d'affection physique ou psychique susceptible de présenter un danger pour la santé des enfants gardés;

3° dans la mesure où cela ne ressort pas du certificat médical mentionné au 2°, les personnes de sexe féminin actives dans l'accueil d'enfants et âgées de moins de 55 ans présentent un certificat médical attestant qu'elles-mêmes et, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, les membres féminins de leur ménage âgés de moins de 55 ans sont immunisés contre la rubéole. Le refus d'une éventuelle future vaccination n'est admis que sur présentation d'un certificat médical ad hoc dûment motivé.

Art. 8. § 1^{er}. Les accueillants autonomes sont âgés de 21 ans au moins et de 65 ans au plus.

§ 2. Les accueillants autonomes peuvent demander une dérogation à la limite d'âge fixée au § 1^{er}.

Pour ce faire, ils introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite accompagnée d'un certificat médical positif. Le centre vérifie si l'endurance physique et psychique de la personne lui permet ou non de poursuivre ses activités au-delà de la limite d'âge et établit, dans les 90 jours suivant la réception de la demande complète, un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 40 jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de la dérogation et sa durée. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

La dérogation a en tout cas une durée limitée à deux ans et peut être renouvelée.

Le département joint la dérogation au dossier d'agrément de l'accueillant autonome.

Art. 9. Les accueillants autonomes sont affiliés à une caisse d'assurance sociale.

Ils concluent une assurance en responsabilité civile pour l'accueil des enfants.

Art. 10. Les accueillants autonomes s'engagent à :

1° communiquer immédiatement au centre tout changement significatif de leur état de santé;

2° à n'exercer, conformément à l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret, aucune activité, professionnelle ou non, incompatible avec l'accueil d'enfants ou qui pourrait les empêcher d'accueillir les enfants pendant les heures de prestation.

Art. 11. Les accueillants autonomes s'engagent à observer les instructions figurant dans l'annexe du présent arrêté.

Art. 12. Les accueillants autonomes se déclarent prêts à participer régulièrement aux formations continues proposées par le centre.

CHAPITRE 2. — *Caractéristiques des locaux*

Art. 13. Conformément à l'article 7, alinéa 2, du décret, les enfants sont accueillis dans un environnement adapté et dans des locaux suffisamment grands, sûrs et propres. Il y a une zone pour les activités extérieures, de préférence attenante aux locaux où se déroule l'accueil.

Art. 14. Les locaux où se déroule l'accueil et tous les autres locaux accessibles aux enfants remplissent les critères suivants :

1° à défaut de précision, la taille des locaux correspond au nombre d'enfants gardés, de manière à ce qu'ils puissent se mouvoir librement;

2° il est prévu une zone de sommeil et de repos;

3° il y a une kitchenette avec lave-vaisselle, cuisinière et frigo;

4° les locaux sont équipés du mobilier nécessaire pour l'accueil et de jeux en nombre suffisant;

5° les locaux sont en bon état et bien entretenus;

6° les accueillants autonomes sont joignables par téléphone dans les locaux.

Art. 15. Les accueillants autonomes aménagent les locaux accessibles aux enfants de manière à garantir une sécurité maximale. Ils veillent à déceler tous les dangers et risques potentiels. Ils prennent toute mesure utile pour créer un environnement sûr avec un risque d'accident réduit.

Les critères suivants sont valables pour la sécurisation des locaux :

- 1° la zone extérieure et l'accès à celle-ci sont sécurisés;
- 2° la répartition et l'aménagement des zones garantit la surveillance visuelle des enfants par les accueillants autonomes;
- 3° les locaux sont chauffés par un chauffage central. Des émetteurs à haute température ne peuvent être utilisés. Le bon fonctionnement des radiateurs est garanti;
- 4° les accueillants autonomes prennent toutes les mesures pour prévenir une intoxication au monoxyde de carbone. A cette fin, ils veillent à l'entretien régulier des appareils de chauffage, de production d'eau chaude et d'extraction de l'air;
- 5° l'usage de produits toxiques tels que les pesticides, herbicides, insecticides n'a lieu qu'en l'absence des enfants et en observant toutes les mesures de sécurité;
- 6° les escaliers sont de préférence munis de contremarches et d'une barrière de sécurité; S'il n'y a pas de contremarche, des enfants de moins de six ans ne peuvent les emprunter que s'ils sont accompagnés par des adultes;
- 7° seuls les enfants accompagnés par des adultes peuvent emprunter les escaliers en colimaçon;
- 8° lorsque les enfants ont accès à des terrasses surélevées, celles-ci sont sécurisées par un garde-corps ou une délimitation;
- 9° les garde-corps et /ou délimitations répondent aux instructions du ministre;
- 10° les portes et fenêtres s'ouvrent et se ferment de manière sûre;
- 11° il n'y a pas d'arrêtes, coins ou bouts saillants tranchants, représentant un danger, à moins qu'ils ne soient munis d'une protection ad hoc;
- 12° l'équipement des chambres répond aux instructions du ministre;
- 13° les prises, les interrupteurs et tous les appareils ou installations électriques pouvant représenter un danger sont hors de portée des enfants ou munis d'un système de sécurité adéquat;
- 14° les détergents, produits chimiques, substances facilement inflammables, médicaments et autres objets potentiellement dangereux seront conservés en lieu sûr, hors de portée des enfants;
- 15° les piscines, pataugeoires, étangs, mares ou autres points d'eau seront couverts et sécurisés de manière à être inaccessibles pour les enfants;
- 16° les plantes toxiques se trouvent, à l'intérieur comme à l'extérieur, hors de portée des enfants;
- 17° tout lieu d'accueil disposera d'une trousse de premiers secours conformément aux instructions du ministre;
- 18° les locaux destinés au sommeil et à l'accueil sont équipés de détecteurs de fumée conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 octobre 2004 relatif à la présence de détecteurs d'incendie dans les logements.

Art. 16. Les accueillants autonomes garantissent le respect de l'hygiène et des mesures correspondantes dans tous les domaines d'activité, notamment lors des soins aux enfants, l'entretien des locaux, la préparation des repas et l'enlèvement des déchets.

Les critères suivants sont valables pour la conception hygiénique des locaux :

- 1° il y a suffisamment d'installations sanitaires et de lavabos adaptés aux différents âges;
- 2° il est prévu un éclairage et une aération naturels suffisants, adaptés aux activités se déroulant dans ces locaux.
- 3° les locaux peuvent être chauffés suivant la température extérieure;
- 4° il y a une protection efficace contre la lumière directe du soleil;
- 5° lorsque les conditions climatiques sont normales, la température est en règle générale de 18° Celsius dans les chambres et de 20 à 22° Celsius dans les locaux d'accueil;
- 6° tous les locaux sont faciles à nettoyer;
- 7° les locaux et le matériel sont régulièrement nettoyés. Le mode de nettoyage des sols, des surfaces et du matériel est compatible avec l'accueil d'enfants;
- 8° l'élimination des déchets s'opère quotidiennement dans un local séparé des locaux d'accueil et se trouvant de préférence à l'extérieur;
- 9° les éventuels bacs à sable sont recouverts de manière à éviter toute pollution. Le sable est renouvelé au moins une fois par année;
- 10° les matériaux de construction et l'état des locaux ne peuvent mettre en danger la santé des enfants.

CHAPITRE 3. — Obligations

Section 1^{re}. — Conditions d'agrément et caractéristiques des locaux

Art. 17. Après leur agrément, les accueillants autonomes continuent à remplir les conditions mises à l'agrément, telles que mentionnées dans le décret ou dans le présent titre, et respectent les caractéristiques spécifiées pour les locaux.

Section 2. — Obligations générales

Art. 18. § 1^{er}. Les accueillants autonomes accueillent toujours eux-mêmes les enfants.

§ 2. Ils peuvent prendre des stagiaires sous leur responsabilité. Cette possibilité est préalablement communiquée par écrit aux personnes chargées de l'éducation. Tout accueil d'un stagiaire est préalablement communiqué par écrit au centre.

Le stagiaire est considéré comme accueillant supplémentaire et ne peut pas remplacer l'accueillant autonome.

Art. 19. § 1^{er}. Au plus, les accueillants autonomes peuvent accueillir simultanément quatre jeunes enfants et six enfants au total, leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge.

§ 2. Les accueillants autonomes peuvent demander une dérogation temporaire au nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, fixé au § 1^{er}, afin de pouvoir accueillir simultanément au plus six jeunes enfants et huit enfants au total, leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge.

Pour ce faire, les accueillants autonomes introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite. Dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 40 jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de la dérogation et sa durée. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Une dérogation est possible s'il est constaté un manque de places d'accueil et si le ministre conclut que cette dérogation peut être octroyée étant donné l'expérience positive vécue jusque-là avec le demandeur et l'espace dont il dispose. Une telle dérogation peut être octroyée au plus tôt après un an d'activité.

Le département joint la dérogation au dossier d'agrément de l'accueillant autonome.

Art. 20. § 1^{er}. L'accueillant autonome s'engage à ne pas dépasser un capital garde de 115 jours par mois.

Le capital garde est le nombre maximal de jours de garde qu'un accueillant autonome peut compter par mois, les gardes d'un tiers de journée comptant pour un tiers et les gardes d'une demi-journée pour une moitié.

§ 2. Les accueillants autonomes peuvent demander une dérogation temporaire au capital garde fixé au § 1^{er}, afin de le porter à 138 jours par mois maximum.

Pour ce faire, les accueillants autonomes introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite. Dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 40 jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de la dérogation et sa durée. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Une dérogation est possible s'il est constaté un manque de places d'accueil et si le ministre conclut que cette dérogation peut être octroyée étant donné l'expérience positive vécue jusque-là avec le demandeur et l'espace dont il dispose. Une telle dérogation peut être octroyée au plus tôt après un an d'activité.

Le département joint la dérogation au dossier d'agrément de l'accueillant autonome.

Art. 21. Ce sont les accueillants autonomes qui coordonnent directement les demandes d'accueil.

Un accueil peut aussi être assuré la nuit ou les samedis, dimanches et jours fériés.

Art. 22. Des enfants malades ne peuvent être accueillis que s'il n'existe aucun risque pour les autres enfants gardés.

En cas de doute, les accueillants autonomes peuvent exiger un certificat médical.

Section 3. — Coopération avec les personnes chargées de l'éducation

Art. 23. Avant le début de l'accueil, les accueillants autonomes concluent un contrat par écrit avec les personnes chargées de l'éducation.

Ce contrat de garde reprend au moins :

- 1° la durée du contrat;
- 2° la nature de la prestation;
- 3° les heures d'accueil;
- 4° les possibilités de contact;
- 5° les grandes lignes du concept d'accueil mentionné dans l'annexe au présent arrêté;
- 6° le montant de la contribution financière des parents;
- 7° les droits et devoirs des personnes chargées de l'éducation;
- 8° les droits et devoirs des accueillants autonomes;
- 9° la durée de préavis;
- 10° les données relatives à la possibilité de recours mentionnée à l'article 26;
- 11° les données relatives à la possibilité, le cas échéant, d'accueillir des stagiaires;
- 12° la recommandation formulée aux personnes chargées de l'éducation des enfants gardés, qu'elles les fassent vacciner conformément aux instructions du centre.

L'accueil ne commence que lorsque toutes les parties ont signé le contrat de garde.

Les modifications apportées au contrat sont consignées par écrit.

Art. 24. Les accueillants autonomes communiquent en temps utile aux personnes chargées de l'éducation les données relatives aux jours de fermeture.

Art. 25. Les accueillants autonomes remplissent les attestations fiscales délivrées par le département et les remettent aux personnes chargées de l'éducation.

Art. 26. En début d'accueil, les accueillants autonomes indiquent par écrit aux personnes chargées de l'éducation qu'elles peuvent directement s'adresser au centre en cas de désaccord avec les accueillants autonomes.

Section 4. — Rapportage

Art. 27. Les accueillants autonomes tiennent un registre des présences.

Pour chaque enfant gardé, ils tiennent un dossier reprenant au moins les données suivantes :

1° nom, prénom et adresse de l'enfant;

2° nom, adresse et numéro de téléphone de la/des personne(s) de contact;

3° le nom, l'adresse et le numéro de téléphone du médecin traitant;

4° des données particulières quant à l'état de santé de l'enfant lorsqu'elles sont pertinentes pour les contacts quotidiens avec lui.

CHAPITRE 4. — Subventionnement

Art. 28. Les accueillants agréés peuvent obtenir des subsides conformément aux dispositions du présent chapitre dans les limites des crédits budgétaires disponibles.

Art. 29. Les accueillants autonomes peuvent :

1° obtenir un subside unique de maximum 200 euros pour l'équipement initial;

2° obtenir une fois tous les six ans au plus, un subside d'équipement de 150 euros maximum.

Lorsqu'ils cessent leurs activités, les accueillants autonomes sont le cas échéant obligés, sur invitation, de remettre au centre l'équipement acquis avec les moyens de la Communauté germanophone.

Art. 30. Les accueillants autonomes qui prouvent leur participation aux formations continues mentionnées à l'article 12, à raison d'au moins 10 heures par année, peuvent obtenir un forfait annuel de 108,90 euros.

Art. 31. Pour l'accueil d'enfants handicapés ou nécessitant des soins particuliers, les accueillants autonomes peuvent obtenir un subside supplémentaire de 9,26 euros pour une garde d'une journée complète et de 5,55 euros pour une garde d'une demi-journée, dans la mesure où ces enfants ont besoin d'un encadrement plus intensif et d'une attention plus soutenue.

A cette fin, ils introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite accompagnée d'un avis émis par un établissement spécialisé ou un médecin spécialiste ou, le cas échéant, d'un rapport social. Dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 40 jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'octroi du subside. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Art. 32. Sans préjudice de l'article 28, le ministre octroie - après vérification par le département - les subsides mentionnés dans le présent chapitre aux accueillants autonomes qui en font la demande. Les demandes de subsides sont introduites auprès du département avec les justificatifs éventuellement requis.

TITRE 3. — Dispositions relatives aux procédures

CHAPITRE 1^{er}. — Agréation

Art. 33. Pour obtenir une agréation, les prestataires introduisent une demande auprès du centre.

La demande doit être accompagnée des documents et données suivants :

1° l'identité du demandeur;

2° une description détaillée des motivations à travailler comme accueillant autonome;

3° le nombre maximal d'enfants qu'ils souhaitent pouvoir accueillir simultanément;

4° la description détaillée du lieu d'accueil;

5° les documents mentionnés à l'article 7;

6° le cas échéant, la dérogation mentionnée à l'article 8, § 2, quant à la limite d'âge;

7° la preuve que le demandeur, conformément à l'article 9, sera affilié à une caisse d'assurance sociale dès le début de ses activités et qu'il a conclu une assurance en responsabilité civile pour l'exercice de ses activités;

8° la déclaration que le demandeur respecte les dispositions applicables du décret et du présent arrêté ainsi que, notamment, les conditions d'agrégation mentionnées aux articles 10, 11 et 12;

9° l'accord de toutes les personnes majeures habitant les locaux où se déroule l'accueil pour que l'inspection puisse visiter ces locaux pendant leurs heures d'ouverture, et ce, conformément à l'article 17, § 1^{er}, alinéa 2, 4^o, du décret;

10° le concept d'accueil mentionné dans l'annexe au présent arrêté;

11° le modèle du contrat de garde conclu entre le demandeur et les personnes chargées de l'éducation.

Art. 34. § 1^{er}. Le centre vérifie si la demande d'agrégation introduite est complète et les documents y annexés. Si la demande est complète, le centre vérifie l'aptitude du candidat. Pour ce, le centre tient compte de la compétence éducative, de la disponibilité, des conditions d'hygiène et des possibilités d'accueil offertes par les locaux, de l'environnement socio-familial, ainsi que de la disposition à collaborer avec le centre et les personnes chargées de l'éducation.

Dans les 90 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit, en se basant sur les éléments en sa connaissance, un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 60 jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de l'agrégation. L'agrégation mentionne le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément. A défaut de décision dans le délai imparti, l'agrégation est censée être refusée.

§ 2. En cas de refus d'agrégation, le demandeur peut introduire un recours auprès du ministre.

Le demandeur transmet au ministre le recours motivé, accompagné de tout document pertinent, par recommandé ou contre accusé de réception, et ce, dans les 15 jours suivant la réception du rejet de la demande ou le terme du délai mentionné au § 1^{er}, alinéa 3.

Le ministre informe le centre et le département qu'un recours a été introduit. Ceux-ci transmettent au ministre, dans le délai qu'il détermine, le dossier administratif accompagné de leur prise de position.

Le ministre statue sur l'octroi de l'agrégation dans les 90 jours suivant la réception du recours. L'agrégation mentionne le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément. A défaut de décision dans le délai imparti, l'agrégation est censée être refusée.

Art. 35. § 1^{er}. L'agrégation a une durée de six ans et peut être renouvelée.

Le demandeur ne peut débiter l'accueil d'enfants qu'après avoir reçu l'agrégation.

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, l'agrégation peut être octroyée pour une durée inférieure :

- 1° lorsque la limite d'âge, fixée à l'article 8, § 1^{er}, sera vraisemblablement atteinte pendant la validité de l'agrégation;
- 2° dans d'autres cas motivés.

Art. 36. Les accueillants autonomes introduisent la demande de renouvellement de l'agrégation auprès du centre, au plus tôt six mois et au plus tard trois mois avant l'expiration de l'agrégation.

La demande comprend une version actualisée des documents mentionnés à l'article 33, alinéa 2, 1°, 2°, 3°, 5°, 6° et 7°.

Art. 37. § 1^{er}. Pendant la validité de l'agrégation, les accueillants autonomes communiquent par écrit au centre, dans les 30 jours, toute modification apportée aux données mentionnées à l'article 33, alinéa 2, 4°, 5°, 6°, 9°, 10° et 11°.

§ 2. Pendant la validité de l'agrégation, le centre peut en tout temps exiger des accueillants autonomes une version actuelle des données mentionnées au § 1^{er}.

Art. 38. Les modifications apportées aux données mentionnées à l'article 33, alinéa 2, 3°, requièrent une approbation préalable.

Pour ce faire, les accueillants autonomes introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite. Dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 40 jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'approbation de la modification. A défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

L'accueillant autonome ne peut procéder aux modifications qu'après avoir reçu l'approbation.

CHAPITRE 2. — *Suspension et retrait de l'agrégation*

Section 1^{re}. — *Suspension de l'agrégation*

Art. 39. § 1^{er}. Le centre ou le département signalent à l'inspection tous les cas où ils présument, sur base des informations dont ils disposent, qu'un accueillant autonome ne remplit pas l'une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou le présent arrêté.

§ 2. Si l'inspection conclut, sur la base d'un signalement conformément au § 1^{er} ou de tout autre signalement ou renseignement, que l'accueillant autonome ne remplit pas l'une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou le présent arrêté, elle l'invite à se mettre en ordre dans un délai de 30 jours.

Sur demande motivée, l'accueillant autonome peut, au plus tard 10 jours avant l'expiration du délai mentionné au premier alinéa, demander à l'inspection une prolongation unique du délai pour 30 jours au plus.

§ 3. En cas d'urgence, l'inspection peut imposer une adaptation immédiate par décision particulièrement motivée.

Art. 40. § 1^{er}. Si après l'invitation mentionnée à l'article 39, l'accueillant autonome continue à ne pas remplir les obligations, le ministre suspend l'agrégation sur avis de l'inspection.

Avant de prendre sa décision de suspension, le ministre communique son intention à l'accueillant autonome par recommandé. Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'accueillant autonome peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les 30 jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les 15 jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur la suspension et sa durée.

Cette décision est notifiée sans délai à l'accueillant autonome concerné. Le centre reçoit copie de cette décision.

§ 2. Pendant la suspension de l'agrégation, l'accueillant autonome concerné n'accepte plus la garde de nouveau enfants.

Art. 41. § 1^{er}. Pour des raisons de santé publique, de sécurité ou de manquement grave aux dispositions applicables, et afin d'éviter aux enfants gardés un dommage manifestement grave, le ministre peut suspendre d'urgence l'agrégation pour une durée indéterminée. Si après l'invitation mentionnée à l'article 39, l'accueillant autonome continue à ne pas remplir les obligations, le ministre intervient et, sur avis de l'inspection, statue par décision particulièrement motivée.

La suspension d'urgence implique la fermeture provisoire immédiate du lieu d'accueil pour une durée indéterminée.

Avant la suspension, le ministre communique immédiatement son intention à l'accueillant autonome concerné, et ce, par fax, courriel ou toute autre voie électronique et le même jour par recommandé. Dans un délai de trois jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'accueillant autonome peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les 10 jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les cinq jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 3, selon le cas, le ministre statue sur la suspension d'urgence.

Cette décision est notifiée sans délai à l'accueillant autonome concerné. Le centre reçoit copie de la décision et informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil fait l'objet d'une fermeture provisoire immédiate.

§ 2. Si les faits ayant conduit à la suspension d'urgence n'existent plus, le ministre met immédiatement fin à la suspension de l'agrément et à la fermeture provisoire du lieu d'accueil. Le centre reçoit copie de la décision et informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés que le lieu d'accueil est rouvert.

Art. 42. En cas de suspension de l'agrément, l'accueillant autonome peut introduire un recours auprès du ministre. Le recours n'est pas suspensif.

L'accueillant autonome transmet au ministre le recours motivé, accompagné de tout document pertinent, par recommandé ou contre accusé de réception, et ce, dans un délai de 15 jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision portant suspension de l'agrément.

Le ministre informe le centre, le département et l'inspection qu'un recours a été introduit. Ceux-ci transmettent au ministre, dans le délai qu'il détermine, le dossier administratif accompagné de leur prise de position.

Le ministre statue sur l'admissibilité du recours dans les 60 jours suivant sa réception. A défaut de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle le recours a été introduit est censée être confirmée.

Section 2. — Retrait de l'agrément

Art. 43. Si à l'expiration de la suspension mentionnée à l'article 40, l'accueillant autonome continue à ne pas remplir ses obligations, le ministre retire l'agrément sur avis de l'inspection.

Avant le retrait, le ministre communique son intention à l'accueillant autonome concerné, et ce, par recommandé. Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'accueillant autonome peut introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les 30 jours suivant l'envoi du recommandé.

Dans les 30 jours suivant cette audition ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur le retrait.

Cette décision est notifiée sans délai à l'accueillant autonome concerné. Le centre reçoit copie de la décision et informe individuellement les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés sur le retrait de l'agrément.

Art. 44. En cas de retrait de l'agrément, l'accueillant autonome peut introduire un recours auprès du ministre. Le recours n'est pas suspensif.

L'accueillant autonome transmet au ministre le recours motivé, accompagné de tout document pertinent, par recommandé ou contre accusé de réception, et ce, dans un délai de 15 jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la décision portant retrait de l'agrément.

Le ministre informe le centre, le département et l'inspection qu'un recours a été introduit. Ceux-ci transmettent au ministre, dans le délai qu'il détermine, le dossier administratif accompagné de leur prise de position.

Le ministre statue sur l'admissibilité du recours dans les 60 jours suivant sa réception. A défaut de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle le recours a été introduit est censée être confirmée.

CHAPITRE 3. — Cessation de l'accueil d'enfants

Art. 45. Sans préjudice de l'article 41, le retrait de l'agrément d'un accueillant autonome opéré conformément à l'article 43 entraîne la cessation de l'accueil d'enfants dans les 30 jours.

La cessation de l'accueil d'enfants met fin d'office au contrat de garde mentionné à l'article 23 et à l'éventuel subventionnement par la Communauté germanophone.

Art. 46. § 1^{er}. Les accueillants autonomes communiquent par écrit au centre toute cessation volontaire de leurs activités qui n'est pas due à un retrait de l'agrément conformément à l'article 43, que cette cessation soit temporaire ou définitive. Sont exclus les périodes de congé et les jours fériés.

§ 2. La cessation définitive des activités en tant qu'accueillant autonome entraîne d'office le retrait de l'agrément.

La cessation définitive des activités met fin à tout accueil d'enfants et au subventionnement éventuel par la Communauté germanophone.

TITRE 4. — Co-accueillants autonomes

Art. 47. Trois accueillants autonomes au plus, déjà agréés, peuvent exercer leurs activités en un lieu d'accueil commun en tant que co-accueillants, dans la mesure où ils sont capables de coopérer constamment et aptes à assurer un accueil commun.

Art. 48. Les dispositions du titre 2 sont applicables mutatis mutandis aux co-accueillants autonomes, à l'exception des articles 18, § 1^{er}, et 19.

Art. 49. Bien qu'il s'agisse d'un accueil commun, le contrat de garde mentionné à l'article 23 continue d'être conclu avec l'un des co-accueillants.

Dans ce cas, le contrat de garde prévoit expressément que l'accueil peut être opéré soit par le co-accueillant signataire lui-même, soit par un autre co-accueillant.

Art. 50. § 1^{er}. Lorsque deux accueillants autonomes exercent leurs activités en un lieu d'accueil commun en tant que co-accueillants, ils peuvent accueillir simultanément au plus huit jeunes enfants et douze enfants au total, leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge.

Dès que cinq jeunes enfants ou sept enfants sont présents simultanément, la présence de deux co-accueillants autonomes est requise.

§ 2. Lorsque trois accueillants autonomes exercent leurs activités en un lieu d'accueil commun en tant que co-accueillants, ils peuvent accueillir simultanément au plus douze jeunes enfants et dix-huit enfants au total, leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge.

Dès que neuf jeunes enfants ou treize enfants sont présents simultanément, la présence de trois co-accueillants autonomes est requise.

§ 3. Des co-accueillants peuvent, individuellement ou collectivement, demander une dérogation temporaire au nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, fixé aux §§ 1^{er} et 2, afin de pouvoir accueillir simultanément au plus six jeunes enfants et huit enfants au total par co-accueillant autonome, leurs propres enfants étant compris dans le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément, lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge.

Pour ce faire, ils introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite. Dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 40 jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'octroi de la dérogation et sa durée. A défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Une dérogation est possible s'il est constaté un manque de places d'accueil et si le ministre conclut que cette dérogation peut être octroyée étant donné l'expérience positive vécue jusque-là avec le demandeur et l'espace dont il dispose. Une telle dérogation peut être octroyée au plus tôt après un an d'activité.

Le département joint la dérogation au dossier d'agrément du co-accueillant autonome.

Art. 51. Le subside supplémentaire mentionné à l'article 31 est liquidé au co-accueillant autonome avec lequel les personnes chargées de l'éducation de l'enfant concerné ont conclu le contrat de garde.

Si un autre co-accueillant devait, dans le cadre d'un accueil commun, accueillir l'enfant concerné, il aurait droit à la part correspondante du subside supplémentaire. La part est calculée sur la base des jours de garde effectifs.

Art. 52. Avant le début de l'accueil commun, les co-accueillants autonomes concluent par écrit une convention de coopération.

Cette convention reprend au moins :

- 1° sa durée;
- 2° les grandes lignes du concept d'accueil commun mentionné dans l'annexe au présent arrêté;
- 3° les lieux déterminés pour l'accueil;
- 4° les jours où l'accueil est proposé;
- 5° le nombre maximal d'enfants qui peuvent être accueillis simultanément, et ce, par co-accueillant autonome;
- 6° la répartition des tâches;
- 7° les modalités relatives aux frais généraux directs et indirects;
- 8° les modalités relatives à la répartition de subsides éventuels, sans préjudice de l'article 51;
- 9° les modalités relatives à l'absence d'un ou plusieurs co-accueillants autonomes ou d'un ou plusieurs enfants;
- 10° les modalités relatives à la responsabilité civile;
- 11° les modalités relatives à la manière de procéder en cas de conflits entre co-accueillants;
- 12° les modalités relatives à la fin de la convention.

Art. 53. § 1^{er}. Sans préjudice des dispositions du titre 3, la convention mentionnée à l'article 52 est soumise à une approbation préalable.

Pour ce faire, les co-accueillants autonomes introduisent auprès du centre une demande individuelle écrite. Dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre. A défaut d'avis au terme de ce délai, l'avis est réputé négatif.

Dans les 40 jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou le terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur l'approbation de la convention. A défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

§ 2. Le retrait de l'agrément d'un ou plusieurs co-accueillants autonomes entraîne d'office la fin de la convention.

Les co-accueillants autonomes dont l'agrément n'a pas été retirée peuvent continuer à travailler seul en tant qu'accueillants autonomes ou conclure une nouvelle convention conformément au présent titre.

TITRE 5. — Dispositions finales

Art. 54. L'article 1^{er}, 6°, de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2007 relatif à l'accueil des enfants est abrogé.

Art. 55. A l'article 5 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 24 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 2, alinéa 1^{er}, la deuxième phrase est abrogée;

2° au § 3, alinéa 1^{er}, la phrase "Le Ministre statue dans les six mois sur les demandes d'agrément comme gardienne indépendante conformément à l'article 63." est abrogée.

Art. 56. Le chapitre VI du même arrêté, comprenant l'article 63 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 24 juin 2010, est abrogé.

Art. 57. L'annexe 2 du même arrêté, insérée par l'arrêté du 24 juin 2010, est abrogée.

Art. 58. Sans préjudice de l'alinéa 2, les gardiennes indépendantes agréées en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2007 relatif à l'accueil des enfants sont considérées comme agréées pour l'application du présent arrêté. Les agréments existants restent valables pour la durée fixée dans l'agrément octroyée à la gardienne indépendante concernée.

A dater de l'entrée en vigueur du présent arrêté, les gardiennes indépendantes disposent d'un délai de 28 mois afin de procéder aux éventuelles adaptations nécessaires pour s'y conformer.

Art. 59. Le décret, limité aux prestataires et aux personnes actives dans l'accueil d'enfants tels que mentionnés dans le présent arrêté, ainsi que le présent arrêté entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2014.

Art. 60. Le Ministre compétent pour la Politique familiale est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 22 mai 2014.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes

Annexe

Instructions pour les accueillants autonomes

1° Dans la mesure où l'accueillant autonome a des animaux de compagnie qui entrent en contact avec les enfants gardés ou en acquiert de nouveaux, il doit en informer les personnes chargées de l'éducation et leur faire apposer leur signature attestant qu'elles sont informées.

S'il s'agit d'un chien, l'on évitera qu'il entre en contact avec les enfants. L'accueillant autonome prouve que le chien est vacciné, vermifugé et régulièrement traité contre les parasites. L'assurance en responsabilité civile mentionne la présence du chien. L'accueillant autonome informe les personnes chargées de l'éducation de la présence et de la race du chien et leur fait apposer leur signature attestant qu'elles sont informées;

2° Conformément à la loi du 22 décembre 2009 instaurant une réglementation générale relative à l'interdiction de fumer dans les lieux fermés accessibles au public et à la protection des travailleurs contre la fumée du tabac, il est interdit de fumer dans les locaux destinés au sommeil et à l'accueil;

3° Les accueillants autonomes établissent un concept d'accueil des enfants en se basant sur un modèle fixé par le centre.

Les accueillants autonomes établissent en outre un concept commun d'accueil des enfants en se basant sur un modèle distinct, fixé par le centre;

4° L'accueillant autonome négocie lui-même avec les personnes chargées de l'éducation les heures et conditions d'accueil, ainsi que leur contribution financière.

5° Au début de ses activités, l'accueillant autonome a le droit de consulter gratuitement un conseiller fiscal. Les noms et adresses desdits conseillers fiscaux sont disponibles auprès du centre.

6° Il est recommandé aux accueillants autonomes de faire vacciner leurs propres enfants conformément aux instructions du centre.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement relatif aux accueillants autonomes.
Eupen, le 22 mai 2014.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2014/203567]

22 MEI 2014. — Besluit van de Regering betreffende de zelfstandige onthaalouders

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 2, tweede lid, artikel 7, tweede, derde en vierde lid, artikel 8, § 1, tweede en vijfde lid, en § 3, artikel 9, tweede lid, artikel 10, § 1, eerste lid, en § 2, artikel 11, tweede lid, artikel 12, tweede lid, artikel 15, § 3, derde lid, artikel 16, derde lid, en artikel 22;

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, artikel 3.2, laatste lid, en artikel 3.3, 7°;

Gelet op het besluit van de Regering van 18 januari 2007 betreffende de kinderopvang;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 3 april 2014;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 3 april 2014;

Gelet op advies 55.981/3 van de Raad van State, gegeven op 15 mei 2014, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende op het advies van de adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken, gegeven op 5 mei 2014;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Gezinsbeleid;

Na beraadslaging,

Besluit :

TITEL 1. — Algemene bepalingen

HOOFDSTUK 1 - Inleidende bepalingen

Afdeling 1. — Europese clausule

Artikel 1. Dit besluit voorziet in de gedeeltelijke omzetting van Richtlijn 2006/123/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 december 2006 betreffende diensten op de interne markt.

Afdeling 2. — Definities

Art. 2. Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1^o kinderen : overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 1^o, en tweede lid van het decreet, personen die de volle leeftijd van twaalf jaar nog niet bereikt hebben resp., wat de buitenschoolse opvang betreft, personen die deze leeftijd wel bereikt hebben en lager onderwijs volgen;

2^o baby's en peuters : kinderen tot de volle leeftijd van drie jaar;

3^o kinderopvang : overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 2^o, van het decreet, de regelmatige opvang van kinderen tegen betaling en in vastgelegde ruimten, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding;

4^o dienstverrichter : overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 3^o, van het decreet, natuurlijke persoon of rechtspersoon resp. vereniging zonder rechtspersoonlijkheid die in hoofdberoep, bijberoep of als vrijwilliger kinderopvang aanbiedt;

5^o persoon die werkzaam is in de kinderopvang : overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 4^o, van het decreet, natuurlijke persoon die als dienstverrichter of in opdracht van een dienstverrichter werkzaam is en zelf kinderen opvangt of direct en regelmatig met opgevangen kinderen in contact komt;

6^o zelfstandige onthaalouder : dienstverrichter en persoon die werkzaam is in de kinderopvang die zelfstandig, in het kader van een opvangcontract, bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;

7^o zelfstandige mede-onthaalouders : vereniging zonder rechtspersoonlijkheid van hoogstens drie, reeds erkende zelfstandige onthaalouders op een plaats voor gemeenschappelijke kinderopvang;

8^o opvang voor een hele dag : kinderopvang van meer dan vijf uur per dag;

9^o opvang voor een halve dag : kinderopvang van meer dan drie uur en van hoogstens vijf uur per dag;

10^o opvang voor een derde van een dag : kinderopvang van hoogstens drie uur per dag;

11^o centrum : het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;

12^o inspectie : de inspecteurs die de Regering overeenkomstig artikel 17, § 1, van het decreet heeft aangewezen;

13^o departement : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Gezin;

14^o Minister : de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor het gezinsbeleid;

15^o decreet : het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang.

Afdeling 3. — Algemene beginselen

Art. 3. Overeenkomstig artikel 6 van het decreet moet elke dienstverrichter die kinderopvang aanbiedt, ter uitvoering van dit besluit erkend zijn voordat hij van start gaat als zelfstandige onthaalouder.

Om als zelfstandige onthaalouder erkend te worden, moeten de dienstverrichters voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in het decreet en in dit besluit.

Art. 4. Overeenkomstig artikel 12 van het decreet kunnen alleen erkende zelfstandige onthaalouders binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen subsidie voor kinderopvang ter uitvoering van dit besluit ontvangen.

Art. 5. Elke zelfstandige onthaalouder waarborgt de kwaliteit van de opvang overeenkomstig de bepalingen van het decreet en dit besluit.

HOOFDSTUK 2. — Indexering van de subsidies

Art. 6. De bedragen vastgelegd in de artikelen 29, 30 en 31 zijn gekoppeld aan de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap op basis van de spilindex 138,01.

TITEL 2. — Inhoudelijke bepalingen

HOOFDSTUK 1. — Erkenningsvoorwaarden

Art. 7. Overeenkomstig artikel 7, eerste lid, van het decreet leggen de zelfstandige onthaalouders, voordat ze van start gaan, volgende stukken over :

1^o een uittreksel uit het strafregister (model 2) van zichzelf en, indien de kinderopvang in hun woning plaatsvindt, van alle meerderjarigen die deel uitmaken van het gezin en/of die regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen. Indien ze hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen op het gebied van opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen;

2° een medisch attest dat niet ouder is dan twee maanden, dat bekrachtigt dat hun gezondheidstoestand hen toelaat voor kinderen te zorgen en dat ze geen tekenen van fysiek of psychisch lijden of geen fysieke of psychische beperkingen vertonen die een gevaar voor de gezondheid van de opgevangen kinderen kunnen betekenen;

3° voor zover dit niet blijkt uit het medisch attest vermeld in 2°, voor de vrouwelijke personen die werkzaam zijn in de kinderopvang en jonger zijn dan 55 jaar en, indien de kinderopvang in hun woning plaatsvindt, voor de andere vrouwelijke leden van hun gezin die jonger zijn dan 55 jaar, een medisch bewijs dat ze immuun zijn voor rodehond. De weigering van een eventueel nog noodzakelijke inenting wordt alleen aangenomen op grond van een gemotiveerd medisch attest.

Art. 8. § 1. Zelfstandige onthaalouders zijn minstens 21 en hoogstens 65 jaar oud.

§ 2. In afwijking van § 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders een afwijking van de bovenste levensgrens aanvragen.

Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in en voegen ze daarbij een positief medisch attest. Het centrum onderzoekt of betrokkene fysiek en psychisch belastbaar genoeg is om zijn activiteit na de bovenste leeftijdsgrens te kunnen voortzetten, stelt binnen 90 dagen na ontvangst van de volledige aanvraag een advies op en bezorgt dat advies aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de afwijking wordt toegestaan en voor hoelang. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De duur van de afwijking is in elk geval beperkt tot hoogstens twee jaar en kan verlengd worden.

Het departement voegt de afwijking toe aan het erkenningsdossier van de zelfstandige onthaalouder.

Art. 9. De zelfstandige onthaalouders zijn aangesloten bij een sociale verzekeringskas.

Ze sluiten een aansprakelijkheidsverzekering voor de kinderopvang af.

Art. 10. De zelfstandige onthaalouders verplichten zich ertoe :

1° elke wezenlijke verandering in hun gezondheidstoestand zo snel mogelijk aan het centrum mee te delen;

2° overeenkomstig artikel 7, eerste lid, van het decreet geen professionele of niet-professionele activiteit uit te oefenen die onverenigbaar is met kinderopvang of die hen tijdens de openingstijden van de kinderopvangvoorziening van de zorg voor de kinderen zou kunnen afhouden.

Art. 11. De zelfstandige onthaalouders verplichten zich ertoe de richtlijnen vermeld in de bijlage van dit besluit na te leven.

Art. 12. De zelfstandige onthaalouders verklaren zich ertoe bereid regelmatig aan de voortgezette opleidingen van het centrum deel te nemen.

HOOFDSTUK 2. — *Inrichting van de ruimten*

Art. 13. Overeenkomstig artikel 7, tweede lid, van het decreet vindt de kinderopvang plaats in een daarvoor geschikte omgeving en in ruimten die voldoende groot, veilig en proper zijn. Er is een ruimte voor buitenactiviteiten die bij voorkeur aan de opvangruimten grenst.

Art. 14. De opvangruimten en alle ruimten die voor de kinderen toegankelijk zijn, voldoen aan de volgende criteria :

1° voor zover niet nader gedefinieerd, stemt de grootte van de ruimten overeen met het aantal opgevangen kinderen, zodat deze zich vrij kunnen bewegen;

2° er is een slaap- en rustruimte;

3° er is een keukenblok met een aanrecht, kookgelegenheid en koelkast;

4° de ruimten zijn ingericht met het voor de opvang noodzakelijke meubilair en met voldoende speelgoed;

5° de ruimten zijn in goede toestand en er wordt voor gezorgd dat dit zo blijft;

6° de zelfstandige onthaalouders zijn in de ruimten telefonisch bereikbaar.

Art. 15. De zelfstandige onthaalouders richten de ruimten waartoe de kinderen toegang hebben zo veilig mogelijk in. De zelfstandige onthaalouders dragen er zorg voor dat alle mogelijke gevaren en risico's worden opgespoord. Ze nemen alle nodige maatregelen om een veilige omgeving te scheppen met verminderd gevaar voor ongevallen.

Voor de veilige inrichting van de ruimten gelden de volgende criteria :

1° de buitenruimte en de toegang daartoe zijn beveiligd;

2° de ruimten zijn zo ingedeeld en ingericht dat de zelfstandige onthaalouders visueel toezicht op de kinderen kunnen houden;

3° er wordt verwarmd met centrale verwarming. Er mogen geen verwarmingselementen worden gebruikt waaraan de kinderen zich kunnen verbranden. De radiatoren zijn doeltreffend beveiligd;

4° de zelfstandige onthaalouders nemen alle nodige maatregelen om een CO-vergiftiging te voorkomen. Daarom zorgen ze ervoor dat de installaties voor verwarming, warm water en luchtafvoer regelmatig onderhouden worden;

5° producten die de gezondheid kunnen schaden, zoals pesticiden, herbiciden en insecticiden, worden alleen gebruikt in afwezigheid van de kinderen en met inachtneming van voorzorgsmaatregelen;

6° de trappen zijn bij voorkeur uitgerust met gesloten treden en de toegang tot de trappen is beveiligd met traphekjes. Indien een trap niet uitgerust is met gesloten treden, mogen kinderen tot zes jaar die alleen in begeleiding van een volwassene gebruiken;

7° wenteltrappen mogen door de kinderen alleen in begeleiding van volwassenen worden gebruikt;

8° indien de kinderen toegang hebben tot verhoogde terrassen, moeten die terrassen beveiligd zijn door een balustrade of een omheining;

9° de balustrades en/of omheiningen beantwoorden aan de richtlijnen van de Minister;

10° de vensters en deuren gaan op een veilige manier open en dicht;

11° gevaarlijk scherpe kanten, hoeken of uiteinden zijn niet voorhanden of worden adequaat beveiligd;

12° de uitrusting van de slaapruintes voldoet aan de richtlijnen van de Minister;

13° de stopcontacten, de schakelaars en alle elektrische toestellen of installaties die gevaar kunnen opleveren, worden buiten het bereik van kinderen gehouden of worden adequaat beveiligd;

14° poetsmiddelen, chemische producten, licht ontvlambare stoffen, medicamenten en andere voorwerpen die gevaarlijk kunnen zijn, worden veilig en buiten het bereik van de kinderen opgeborgen;

15° zwembaden, plonsbadjes, tuinvijvers, waterpoelen of andere waterpartijen zijn zo afgedekt en beveiligd dat kinderen er niet bij kunnen;

16° zowel binnen als buiten worden giftige planten buiten het bereik van de kinderen gehouden;

17° in elke opvangvoorziening staat een EHBO-does met materiaal dat beantwoordt aan de richtlijnen van de Minister;

18° in de slaap- en opvangruimten zijn rookmelders aangebracht overeenkomstig het besluit van de Waalse Regering van 21 oktober 2004 betreffende de aanwezigheid van brandmelders in de woningen.

Art. 16. De zelfstandige onthaalouders letten op de hygiëne en nemen bij alle activiteiten de nodige hygiënemaatregelen, in het bijzonder bij het verzorgen van de kinderen, het poetsen van de ruimten, het bereiden van de maaltijden en het wegdoen van afval.

Voor de hygiëne van de ruimten gelden de volgende criteria :

1° er zijn voldoende aan de verschillende leeftijdsgroepen aangepaste sanitaire inrichtingen en lavabo's;

2° er is voldoende natuurlijke verlichting en verluchting. De verlichting en verluchting wordt aangepast aan de activiteiten die in de ruimten plaatsvinden;

3° bij de verwarming van de ruimten kan rekening worden gehouden met de buitentemperatuur;

4° er is een doeltreffende zonnewering;

5° bij normale weersomstandigheden bedraagt de temperatuur in de regel 18 °C in de slaapruinten en 20 °C tot 22 °C in de opvangruimten;

6° alle ruimten kunnen eenvoudig proper gehouden worden;

7° de ruimten en het materiaal worden regelmatig gereinigd. De manier waarop de vloeren, de oppervlakten en het materiaal worden gereinigd, is verenigbaar met de kinderopvang;

8° het afval wordt dagelijks naar een van de kinderopvang afgezonderde ruimte gebracht die zich bij voorkeur buiten bevindt;

9° eventuele zandbakken zijn zo afgedekt dat verontreiniging voorkomen wordt. Het zand wordt minstens één keer per jaar vervangen;

10° het bouw materiaal en de toestand ervan mogen niet schadelijk zijn voor de gezondheid van de kinderen.

HOOFDSTUK 3. — *Verplichtingen*

Afdeling 1. — Erkenningsvoorwaarden en inrichting van de ruimten

Art. 17. Na hun erkenning blijven de zelfstandige onthaalouders voldoen aan de erkenningsvoorwaarden die in het decreet of in deze titel worden vermeld en blijven ze voldoen aan de voorgeschreven inrichting van de ruimten.

Afdeling 2. — Algemene verplichtingen

Art. 18. § 1. De zelfstandige onthaalouders vangen de kinderen altijd persoonlijk op.

§ 2. Ze kunnen onder hun verantwoordelijkheid stagiairs opnemen. Die mogelijkheid wordt vooraf schriftelijk meegedeeld aan de personen belast met de opvoeding. Indien een stagiair wordt opgenomen, wordt dit vooraf schriftelijk meegedeeld aan het centrum.

De stagiair geldt als extra begeleider en kan de zelfstandige onthaalouders niet vervangen.

Art. 19. § 1. Zelfstandige onthaalouders mogen hoogstens vier baby's of peuters en in totaal hoogstens zes kinderen tegelijk opvangen, waarbij de eigen kinderen van de betreffende leeftijd in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

§ 2. In afwijking van § 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders een in de tijd beperkte afwijking aanvragen om het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen uit te breiden tot hoogstens zes baby's of peuters en tot in totaal acht kinderen, waarbij de eigen kinderen van de betreffende leeftijd in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de afwijking wordt toegestaan en voor hoelang. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De afwijking is mogelijk op voorwaarde dat er een gebrek aan kinderopvangplaatsen is en de Minister, op grond van de tot nu toe positieve ervaringen met de aanvrager en de ruimtelijke mogelijkheden die voorhanden zijn, tot de slotsom komt dat die afwijking kan worden toegestaan. Zo'n afwijking kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

Het departement voegt de afwijking toe aan het erkenningsdossier van de zelfstandige onthaalouder.

Art. 20. § 1. De zelfstandige onthaalouders verplichten zich ertoe een opvangkapitaal van 115 dagen per maand niet te overschrijden.

Het opvangkapitaal is het maximale aantal opvangdagen dat een zelfstandige onthaalouder per maand mag werken, waarbij een 1/3-opvangdag voor een derde en een 1/2-opvangdag voor de helft berekend worden.

§ 2. In afwijking van § 1 kunnen de zelfstandige onthaalouders een in de tijd beperkte afwijking aanvragen om het opvangkapitaal uit te breiden tot hoogstens 138 opvangdagen per maand.

Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de afwijking wordt toegestaan en voor hoelang. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De afwijking is mogelijk op voorwaarde dat er een gebrek aan kinderopvangplaatsen is en de Minister, op grond van de tot nu toe positieve ervaringen met de aanvrager en de ruimtelijke mogelijkheden waarover deze beschikt, tot de slotsom komt dat die afwijking kan worden toegestaan. Zo'n afwijking kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

Het departement voegt de afwijking toe aan het erkenningsdossier van de zelfstandige onthaalouder.

Art. 21. De coördinatie van de opvangaanvragen geschiedt rechtstreeks via de zelfstandige onthaalouders.

De opvang kan ook 's nachts of op zater-, zon- en feestdagen plaatsvinden.

Art. 22. Zieke kinderen kunnen opgevangen worden voor zover er geen gevaar bestaat voor de andere opgevangen kinderen.

In twijfelgevallen kunnen de zelfstandige onthaalouders een medisch attest verlangen.

Afdeling 3. — Samenwerking met de personen belast met de opvoeding

Art. 23. De zelfstandige onthaalouders sluiten voor het begin van de opvang een schriftelijk contract met de personen belast met de opvoeding.

Het opvangcontract bevat minstens de volgende gegevens :

1° de duur van het contract;

2° de aard van de dienstverlening;

3° de opvangtijden;

4° de manier waarop contact kan worden opgenomen;

5° de hoofdlijnen van het opvangconcept vermeld in de bijlage van dit besluit;

6° de ouderbijdragen;

7° de rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding;

8° de rechten en plichten van de zelfstandige onthaalouders;

9° de duur van de opzeggingstermijn;

10° de informatie over de in artikel 26 vermelde mogelijkheid om zich tot het centrum te wenden;

11° in voorkomend geval de gegevens over de mogelijkheid om stagiairs op te nemen;

12° de aanbeveling, gericht aan de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen, om hun kinderen overeenkomstig de richtlijnen van het centrum te laten inenten.

De opvang begint pas nadat het opvangcontract door alle partijen is ondertekend.

Alle wijzigingen van dit contract worden schriftelijk vastgelegd.

Art. 24. De zelfstandige onthaalouders delen de sluitingsdagen tijdig mee aan de personen belast met de opvoeding.

Art. 25. De zelfstandige onthaalouders ontvangen van het departement de fiscale attesten voor de personen belast met de opvoeding, vullen die attesten in en zenden ze door aan de personen belast met de opvoeding.

Art. 26. Bij het begin van de opvang maken de zelfstandige onthaalouders de personen belast met de opvoeding er schriftelijk attent op dat ze zich rechtstreeks tot het centrum kunnen wenden bij meningsverschillen tussen de zelfstandige onthaalouders en de personen belast met de opvoeding.

Afdeling 4. — Rapportering

Art. 27. De zelfstandige onthaalouders houden een aanwezigheidsregister bij.

De zelfstandige onthaalouders maken per opgevangen kind een dossier op dat minstens de volgende gegevens bevat :

1° naam, voornaam en adres van het kind;

2° naam, adres en telefoonnummer van de contactpersoon/contactpersonen;

3° naam, adres en telefoonnummer van de huisarts;

4° bijzondere gegevens over de gezondheidstoestand van het kind, indien deze voor de dagelijkse omgang met het kind relevant zijn.

HOOFDSTUK 4. — *Subsidiëring*

Art. 28. Erkende zelfstandige onthaalouders kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk subsidie krijgen.

Art. 29. De zelfstandige onthaalouders kunnen :

1° een eenmalige subsidie voor de eerste uitrusting krijgen ten belope van hoogstens 200 euro;

2° hoogstens eenmaal om de zes jaar een uitrustingssubsidie van hoogstens 150 euro krijgen.

Indien ze hun activiteit beëindigen, moeten de zelfstandige onthaalouders, indien daarom wordt verzocht, de met middelen van de Duitstalige Gemeenschap aangekochte uitrusting aan het centrum bezorgen.

Art. 30. Zelfstandige onthaalouders die bewijzen dat ze minstens 10 uur per jaar aan de voortgezette opleidingen vermeld in artikel 12 hebben deelgenomen, kunnen een jaarlijks forfaitair bedrag van 108,90 euro ontvangen.

Art. 31. De zelfstandige onthaalouders kunnen voor de opvang van kinderen met een beperking of met bijzondere zorgbehoeften, voor zover die kinderen meer begeleiding en aandacht nodig hebben, een aanvullende subsidie van 9,26 euro per volledige opvangdag en van 5,55 euro per halve opvangdag ontvangen.

Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag in bij het centrum, samen met een door een gespecialiseerde instelling of een geneesheer-specialist uitgebracht advies of eventueel een sociaal verslag. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de subsidie wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Art. 32. Met behoud van de toepassing van artikel 28 kent de Minister, op aanvraag van de zelfstandige onthaalouder, de subsidies vermeld in dit hoofdstuk toe, na voorafgaand onderzoek door het departement. De subsidieaanvragen worden bij het departement ingediend, samen met de eventueel noodzakelijke bewijzen.

TITEL 3. — *Procedurebepalingen*HOOFDSTUK 1. — *Erkenning*

Art. 33. Dienstverrichters die erkend willen worden, dienen daartoe een aanvraag in bij het centrum.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken en gegevens gevraagd :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° een uitvoerige uiteenzetting van de redenen waarom betrokkene als zelfstandige onthaalouder wil werken;

3° het aangevraagde maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen;

4° de uitvoerige beschrijving van de opvangvoorziening;

5° de stukken vermeld in artikel 7;

6° in voorkomend geval, de afwijking van de bovenste leeftijdsgrens vermeld in artikel 8, § 2;

7° de bewijzen dat de aanvrager overeenkomstig artikel 9 vanaf het begin van de activiteit bij een sociale verzekeringskas aangesloten is en een aansprakelijkheidsverzekering voor de uitoefening van zijn activiteit heeft gesloten;

8° een verklaring dat de aanvrager voldoet aan de toepasselijke bepalingen van het decreet en van dit besluit, alsook, in het bijzonder, aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in de artikelen 10, 11 en 12;

9° de toestemming die alle meerderjarige bewoners van de ruimten waar opvang wordt aangeboden aan de inspectie geven om die ruimten overeenkomstig artikel 17, § 1, tweede lid, 4°, van het decreet tijdens de openingstijden te bezoeken;

10° het opvangconcept vermeld in de bijlage van dit besluit;

11° het model van het opvangcontract tussen de aanvrager en de personen belast met de opvoeding.

Art. 34. § 1. Het centrum onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, onderzoekt het centrum of de aanvrager geschikt is. Daarbij houdt het centrum rekening met de opvoedkundige competenties, de beschikbare tijd, de hygiënische omstandigheden, de ruimtelijke opvangmogelijkheden, de sociale en familiale omgeving, alsook de bereidheid om samen te werken met het centrum en de personen belast met de opvoeding.

Binnen 90 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 60 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend. In de erkenning wordt het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen vastgelegd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 2. Indien de erkenning geweigerd wordt, kan de aanvrager beroep instellen bij de Minister.

De aanvrager zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, per aangetekende brief of per brief met ontvangstbevestiging aan de Minister en dit binnen 15 dagen na ontvangst van de weigering van de aanvraag, respectievelijk na het verstrijken van de termijn vermeld in § 1, derde lid.

De Minister licht het centrum en het departement over het beroep in. Deze bezorgen de Minister binnen een door hem gestelde termijn het administratief dossier en delen hem telkens een standpunt mee.

De Minister beslist binnen 90 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of de erkenning wordt toegekend. In de erkenning wordt het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen vastgelegd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

Art. 35. § 1. De erkenning wordt toegekend voor zes jaar en kan verlengd worden.

De aanvrager kan de kinderopvang pas na ontvangst van de erkenning aanvragen.

§ 2. In afwijking van § 1 kan de erkenning voor kortere duur toegekend worden :

1° indien de bovenste leeftijdsgrens vastgelegd in artikel 8, § 1, waarschijnlijk tijdens de duur van de erkenning bereikt wordt;

2° in andere gemotiveerde uitzonderingsgevallen.

Art. 36. De zelfstandige onthaalouders dienen de aanvraag om verlenging van de erkenning ten vroegste zes maanden en ten laatste drie maanden voor het verstrijken van de geldigheid van de erkenning bij het centrum in.

De aanvraag bevat de geactualiseerde stukken vermeld in artikel 33, tweede lid, 1°, 2°, 3°, 5°, 6° en 7°.

Art. 37. § 1. Tijdens de duur van de erkenning delen de zelfstandige onthaalouders elke wijziging van de gegevens vermeld in artikel 33, tweede lid, 4°, 5°, 6°, 9°, 10° en 11°, binnen 30 dagen schriftelijk mee aan het centrum.

§ 2. Tijdens de duur van de erkenning kan het centrum de zelfstandige onthaalouders te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in § 1 verzoeken.

Art. 38. Wijzigingen van de gegevens vermeld in artikel 33, tweede lid, 3°, moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dienen de zelfstandige onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De zelfstandige onthaalouder kan de wijzigingen pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

HOOFDSTUK 2. — *Schorsing en intrekking van de erkenning*

Afdeling 1. — Schorsing van de erkenning

Art. 39. § 1. Het centrum of het departement maakt de inspectie attent op alle gevallen waarin een zelfstandige onthaalouder, volgens de informatie waarover het beschikt, zich vermoedelijk niet houdt aan één of meer verplichtingen vermeld in het decreet of in dit besluit.

§ 2. Indien de inspectie, na een aanwijzing in de zin van § 1 of op grond van welke andere aanwijzingen of inlichtingen dan ook, tot de slotsom komt dat de zelfstandige onthaalouder één of meer verplichtingen vermeld in het decreet of in dit besluit niet naleeft, maant ze betrokkene aan om die verplichtingen binnen 30 dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de zelfstandige onthaalouder, uiterlijk 10 dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, de inspectie vragen om de termijn eenmaal met hoogstens 30 dagen te verlengen.

§ 3. In dringende gevallen kan de inspectie, op basis van een met bijzondere redenen omklede beslissing, een dadelijke aanpassing opleggen.

Art. 40. § 1. Indien de zelfstandige onthaalouder na de aanmaning vermeld in artikel 39 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Minister de erkenning op grond van een advies van de inspectie.

Voor de schorsing deelt de Minister de betrokken zelfstandige onthaalouder per aangetekende brief zijn voornemen mee. De zelfstandige onthaalouder kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen 30 dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen 15 dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken zelfstandige onthaalouder bezorgd. Het centrum ontvangt een afschrift van de beslissing.

§ 2. Tijdens de schorsing van de erkenning vangt de betrokken zelfstandige onthaalouder geen nieuwe kinderen op.

Art. 41. § 1. Om redenen van volksgezondheid, om veiligheidsredenen en wegens kennelijke schending van de toepasselijke bepalingen kan de Minister, om een klaarblijkelijk ernstig nadeel voor de opgevangen kinderen te voorkomen, beslissen om de erkenning wegens dringende noodzakelijkheid voor onbepaalde duur te schorsen. Indien de zelfstandige onthaalouder, na de aanmaning vermeld in artikel 39, § 3, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, handelt en beslist de Minister op grond van een advies van de inspectie en door middel van een met bijzondere redenen omklede beslissing.

De schorsing wegens dringende noodzakelijkheid heeft de onmiddellijke voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening tot gevolg en dit voor onbepaalde duur.

Voor de schorsing deelt de Minister de betrokken zelfstandige onthaalouder zijn voornemen zo snel mogelijk mee per fax, per e-mail of via een andere elektronische weg en op dezelfde dag per aangetekende brief. De zelfstandige onthaalouder kan binnen drie dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen 10 dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen vijf dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het derde lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wegens dringende noodzakelijkheid wordt geschorst.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken zelfstandige onthaalouder bezorgd. Het centrum ontvangt een afschrift van de beslissing en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de onmiddellijke voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening.

§ 2. Indien de problemen die tot de schorsing wegens dringende noodzakelijkheid hebben geleid, verholpen zijn, maakt de Minister zo snel mogelijk een einde aan de schorsing van de erkenning en aan de voorlopige sluiting van de kinderopvangvoorziening. Het centrum ontvangt een afschrift van de beslissing en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de heropening van de kinderopvangvoorziening.

Art. 42. Indien de erkenning wordt geschorst, kan de zelfstandige onthaalouder beroep instellen bij de Minister. Het beroep is niet opschortend.

De zelfstandige onthaalouder zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, per aangetekende brief of per brief met ontvangstbevestiging aan de Minister en dit binnen 15 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van de beslissing waarbij de erkenning wordt geschorst.

De Minister licht het centrum, het departement en de inspectie over het beroep in. Deze bezorgen de Minister binnen een door hem gestelde termijn het administratief dossier en delen hem telkens een standpunt mee.

De Minister beslist binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of het beroep ontvankelijk is. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de beslissing waartegen beroep werd ingesteld als bevestigd.

Afdeling 2. — Intrekking van de erkenning

Art. 43. Indien de zelfstandige onthaalouder, na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 40, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister de erkenning op grond van een advies van de inspectie in.

Voor de intrekking deelt de Minister de betrokken zelfstandige onthaalouder per aangetekende brief zijn voornemen mee. De zelfstandige onthaalouder kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen 30 dagen na toezending van de aangetekende brief.

Binnen 30 dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken zelfstandige onthaalouder bezorgd. Het centrum ontvangt een afschrift van de beslissing en licht de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen persoonlijk in over de intrekking van de erkenning.

Art. 44. Indien de erkenning wordt ingetrokken, kan de zelfstandige onthaalouder beroep instellen bij de Minister. Het beroep is niet opschortend.

De zelfstandige onthaalouder zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, per aangetekende brief of per brief met ontvangstbevestiging aan de Minister en dit binnen 15 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van de beslissing waarbij de erkenning wordt ingetrokken.

De Minister licht het centrum, het departement en de inspectie over het beroep in. Deze bezorgen de Minister binnen een door hem gestelde termijn het administratief dossier en delen hem telkens een standpunt mee.

De Minister beslist binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of het beroep ontvankelijk is. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de beslissing waartegen beroep werd ingesteld als bevestigd.

HOOFDSTUK 3. — Beëindiging van de kinderopvang

Art. 45. Met behoud van de toepassing van artikel 41 heeft de in artikel 43 bedoelde intrekking van de erkenning van een zelfstandige onthaalouder tot gevolg dat de kinderopvang binnen 30 dagen wordt beëindigd.

Met de beëindiging van de kinderopvang worden het opvangcontract vermeld in artikel 23 en de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap van rechtswege beëindigd.

Art. 46. § 1. De zelfstandige onthaalouders delen elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van hun activiteit die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 43 te wijten is, schriftelijk mee aan het centrum. Een uitzondering daarop vormen vakantieperiodes en feestdagen.

§ 2. De definitieve stopzetting van de activiteit van de zelfstandige onthaalouders heeft van rechtswege de intrekking van de erkenning tot gevolg.

Met de definitieve stopzetting van de activiteit worden de opvang van alle kinderen en de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap beëindigd.

TITEL 4. — Zelfstandige mede-onthaalouders

Art. 47. Hoogstens drie reeds erkende zelfstandige onthaalouders kunnen, voor zover ze in staat zijn om bestendig samen te werken en geschikt zijn om samen kinderopvang aan te bieden, hun activiteit als mede-onthaalouders in één gemeenschappelijke opvangvoorziening uitoefenen.

Art. 48. De bepalingen van titel 2 gelden mutatis mutandis ook voor de zelfstandige mede-onthaalouders, met uitzondering van de artikelen 18, § 1, en 19.

Art. 49. Ook bij een gemeenschappelijke opvang wordt het opvangcontract vermeld in artikel 23 met één van de zelfstandige mede-onthaalouders gesloten.

In het opvangcontract wordt in dat geval uitdrukkelijk bepaald dat de opvang hetzij door de zelfstandige onthaalouder die het contract heeft ondertekend, hetzij door een andere onthaalouder wordt uitgeoefend.

Art. 50. § 1. Indien twee zelfstandige onthaalouders hun activiteit als mede-onthaalouder in één gemeenschappelijke opvangvoorziening uitoefenen, mogen ze hoogstens acht baby's of peuters en in totaal hoogstens twaalf kinderen tegelijk opvangen, waarbij de eigen kinderen van de betreffende leeftijd in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Zodra vijf baby's of peuters of zeven kinderen tegelijk aanwezig zijn, moeten twee zelfstandige mede-onthaalouders aanwezig zijn.

§ 2. Indien drie zelfstandige onthaalouders hun activiteit als mede-onthaalouder in één gemeenschappelijke opvangvoorziening uitoefenen, mogen ze hoogstens twaalf baby's of peuters en in totaal hoogstens achttien kinderen tegelijk opvangen, waarbij de eigen kinderen van de betreffende leeftijd in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Zodra negen baby's of peuters of dertien kinderen tegelijk aanwezig zijn, moeten drie zelfstandige mede-onthaalouders aanwezig zijn.

§ 3. In afwijking van de §§ 1 en 2 kunnen zelfstandige mede-onthaalouders, samen of afzonderlijk, een in de tijd beperkte afwijking aanvragen om het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen uit te breiden tot hoogstens zes baby's of peuters en tot in totaal acht kinderen per zelfstandige mede-onthaalouder, waarbij de eigen kinderen van de betreffende leeftijd in het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen inbegrepen zijn.

Daartoe dienen de zelfstandige mede-onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen 30 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de afwijking wordt toegestaan en voor hoelang. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

De afwijking is mogelijk op voorwaarde dat er een gebrek aan kinderopvangplaatsen is en de Minister, op grond van de tot nu toe positieve ervaringen met de aanvrager en de ruimtelijke mogelijkheden waarover deze beschikt, tot de slotsom komt dat die afwijking kan worden toegestaan. Zo'n afwijking kan ten vroegste na één jaar activiteit worden toegestaan.

Het departement voegt de afwijking toe aan het erkenningsdossier van de zelfstandige mede-onthaalouder.

Art. 51. De aanvullende subsidie vermeld in artikel 31 wordt uitbetaald aan de zelfstandige mede-onthaalouder met wie de personen belast met de opvoeding van het betrokken kind het opvangcontract hebben gesloten.

Indien in het kader van de gemeenschappelijke opvang een andere mede-onthaalouder het betrokken kind opvangt, dan heeft die onthaalouder recht op het daarmee overeenstemmende gedeelte van de aanvullende subsidie. Dat gedeelte wordt berekend op basis van de werkelijke opvangdagen.

Art. 52. De zelfstandige mede-onthaalouders sluiten een schriftelijke samenwerkingsovereenkomst voordat ze van start gaan met de gemeenschappelijke opvang.

Deze overeenkomst bevat minstens de volgende gegevens :

- 1° de duur van de overeenkomst;
- 2° de hoofdlijnen van het gemeenschappelijke opvangconcept vermeld in de bijlage van dit besluit;
- 3° de vastlegging van de ruimten waar de opvang plaatsvindt;
- 4° de dagen waarop opvang wordt aangeboden;
- 5° het maximale aantal gelijktijdig opgevangen kinderen per zelfstandige mede-onthaalouder;
- 6° de takenverdeling;
- 7° de nadere regels bij directe en indirecte kosten;
- 8° de nadere regels voor de opsplitsing van eventuele subsidies, met behoud van de toepassing van artikel 51;
- 9° de nadere regels bij afwezigheid van één of meer zelfstandige mede-onthaalouders of één of meer op te vangen kinderen;
- 10° de nadere regels betreffende de burgerlijke aansprakelijkheid;
- 11° de nadere regels betreffende de aanpak van conflicten tussen mede-onthaalouders;
- 12° de nadere regels omtrent de beëindiging van de overeenkomst.

Art. 53. § 1. Met behoud van de toepassing van de bepalingen van titel 3 moet de overeenkomst vermeld in artikel 52 vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dienen de zelfstandige mede-onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen 60 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen 40 dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de overeenkomst wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

§ 2. De intrekking van de erkenning van een of meer zelfstandige mede-onthaalouders heeft van rechtswege de beëindiging van de overeenkomst tot gevolg.

De zelfstandige mede-onthaalouders van wie de erkenning niet werd ingetrokken, kunnen op hun eentje als zelfstandige onthaalouder blijven werken of kunnen overeenkomstig deze titel een nieuwe overeenkomst sluiten.

TITEL 5. — Slotbepalingen

Art. 54. Artikel 1, 6°, van het besluit van de Regering van 18 januari 2007 betreffende de kinderopvang wordt opgeheven.

Art. 55. In artikel 5 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 24 juni 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2, eerste lid, wordt de tweede zin opgeheven;

2° in § 3, eerste lid, wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 56. Hoofdstuk VI van hetzelfde besluit, dat artikel 63 omvat, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 24 juni 2010, wordt opgeheven.

Art. 57. Bijlage 2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 24 juni 2010, wordt opgeheven.

Art. 58. Met behoud van de toepassing van het tweede lid worden de zelfstandige onthaalouders die op grond van het besluit van de Regering van 18 januari 2007 betreffende de kinderopvang erkend waren, voor de toepassing van dit besluit als erkend beschouwd. Die bestaande erkenningen blijven gelden voor de duur die in de erkenningen van de betrokken zelfstandige onthaalouders is vastgelegd.

De zelfstandige onthaalouders hebben vanaf de inwerkingtreding van dit besluit 28 maanden de tijd om eventueel de nodige aanpassingen door te voeren en zo aan de voorschriften van dit besluit te voldoen.

Art. 59. Het decreet, voor zover het betrekking heeft op de in dit besluit vermelde dienstverrichters en personen werkzaam in de kinderopvang, alsook dit besluit treden in werking op 1 september 2014.

Art. 60. De minister bevoegd voor Gezinsbeleid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 22 mei 2014.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

Bijlage bij het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders**Bijlage****Richtlijnen voor zelfstandige onthaalouders**

1° Voor zover de zelfstandige onthaalouder huisdieren heeft of aanschafft die in contact komen met de opgevangen kinderen, licht hij de personen belast met de opvoeding daarover in en laat hij hen ondertekenen dat ze daarvan kennis hebben genomen.

Als het om een hond gaat, wordt contact met de opgevangen kinderen vermeden. De zelfstandige onthaalouder bewijst dat de hond ingeënt en ontwormd is en regelmatig tegen parasieten behandeld wordt. In de aansprakelijkheidsverzekering wordt de aanwezigheid van de hond vermeld. De zelfstandige onthaalouder licht de personen belast met de opvoeding over de aanwezigheid van de hond en het hondenras in en laat hen ondertekenen dat zij daarvan kennis hebben genomen.

2° Overeenkomstig de wet van 22 december 2009 betreffende een algemene regeling voor rookvrije gesloten plaatsen toegankelijk voor het publiek en ter bescherming van werknemers tegen tabaksrook is het verboden in de slaap- en opvangruimten te roken.

3° De zelfstandige onthaalouders stellen een concept voor de kinderopvang op en baseren zich hiervoor op een model dat het centrum vastlegt.

De zelfstandige mede-onthaalouders stellen bovendien een gemeenschappelijk concept voor de kinderopvang op en baseren zich hiervoor op een afzonderlijk model dat het centrum vastlegt.

4° De zelfstandige onthaalouder onderhandelt zelf met de personen belast met de opvoeding over de opvangtijden, de opvangvoorwaarden en de kostenbijdrage van de ouders.

5° Bij het starten van de activiteit heeft de zelfstandige onthaalouder recht op een gratis adviesverlening door een belastingadviseur. De namen en adressen van deze belastingadviseurs zijn verkrijgbaar bij het centrum.

6° Aan de zelfstandige onthaalouders wordt aanbevolen om hun eigen kinderen overeenkomstig de richtlijnen van het centrum te laten inenten.

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

Eupen, 22 mei 2014.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS